

Fachbereich Medien
Studiengang Medienmanagement

Ulrike Schirm

Die Darstellung der „Hartz IV“-Empfänger am Beispiel von „BILD“

-Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung-

- Bachelorarbeit -

Hochschule Mittweida - University of Applied Sciences (FH)

Mittweida, 31. August 2010

Fachbereich Medien
Studiengang Medienmanagement

Ulrike Schirm

Die Darstellung der „Hartz IV“-Empfänger am Beispiel von „BILD“

-Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung-

- eingereicht als Bachelorarbeit -
Hochschule Mittweida - University of Applied Sciences (FH)

Erstprüfer:
Prof. Dr. phil. Andreas Wrobel-Leipold

Zweitprüfer:
Dipl.- Ing (FH) Philipp N. Neumayer

Mittweida, 31. August 2010

Bibliografische Beschreibung

Schirm, Ulrike: Die Darstellung der „Hartz IV“-Empfänger am Beispiel von „BILD“ – Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung. – 2010 – 90 S.
Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Medien, Bachelorarbeit

Referat

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Darstellung von Arbeitslosengeld II-Empfängern in der „BILD“. Durch die Untersuchung der Berichterstattung zwischen 2005 und 2010, soll sie einen Beitrag zum gesellschaftspolitischen Medienverständnis liefern. Die Idee dafür entstand aus der Beobachtung, dass es über das Thema „Hartz IV“ immer wieder zu einer sachentfremdeten, personifizierten medial geführten Debatte kam. Die Hintergründe für diese gesellschaftspolitische Kommunikation werden in dieser Arbeit an Hand der reichweitenstärksten Zeitung Deutschland erforscht und in einen Zusammenhang gebracht.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	8
1. Das Medienthema „Hartz IV“	11
1.1. Ein Überblick über „Hartz IV“	11
1.1.1. Bilanz nach Fünf Jahren „Hartz IV“	16
1.2. „Hartz IV“ in den Medien	21
1.3. „Hartz IV“-Empfänger als gesellschaftliche Verlierer	24
1.3.1. „Hartz IV“ und die Menschenrechte	25
1.4 Die Missbrauchs- und Leistungsmissbrauchsdebatte	26
1.4.1. Die Basis für Missbrauchsdebatten	28
1.4.2. Das Verhältnis von Missbrauchs- bzw. Leistungsmissbrauchsdebatten und politischen Zielen	29
1.5 Zusammenfassung	34
2. Die „BILD“	36
2.1. „BILD“ als Vertreterin des Boulevardjournalismus	38
2.1.1. Besonderheiten der „BILD“ als Boulevardmedium	42
2.2. „BILD“ eine Zeitung der Axel Springer AG	44
2.2.1. Die Unternehmensgrundsätze	44
2.2.2. Die politische Gesinnung	45
2.3. Zusammenfassung	47
3. Untersuchung	49
3.1. Ergebnisse der Untersuchung	50
3.2. Exemplarische Untersuchung	60
3.2.1. Opferdarstellung (OD)	60
3.2.2. Leistungsmissbrauchsdarstellung (LMV)	62
3.2.3. Missbrauchsdarstellung (MV)	64
4. Fazit und Ausblick	67
Literaturverzeichnis	70

Anhang	76
Selbstständigkeitserklärung.....	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Politische Ziele, Argumentationsthesen und Ergebnis.....	32
Abbildung 2: Artikelanzahl pro Jahr	51
Abbildung 3: Häufigkeit der Artikelklassen	52
Abbildung 4: Häufigkeit der Artikelklassen pro Jahr	53
Abbildung 5: Anzahl der Titelstorys nach Artikelklassen	54
Abbildung 6: Artikelklassen im Zeitverlauf	56

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Regelsätze Arbeitslosengeld II seit 1. Juli 2009.....	13
Tabelle 2: Modifizierungen des SGB II von 2005 bis 2007	15
Tabelle 3: Missbrauchsvorwürfe und tatsächliche politische Ziele	30

Einleitung

„Hartz IV“! Dieses Thema ist ständiger Aufhänger in den Medien, seit es 2002 im Zuge des Hartz - Konzeptes das erste Mal auftauchte. Immer wieder rückt es in den Mittelpunkt der tagesaktuellen Medien. Immer wieder wird in Politik und Gesellschaft darüber diskutiert, debattiert und gestritten. Die Intensität und Präsenz der Problematik zeigt sich darin, dass „Hartz IV“ 2004 von der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ zum Wort des Jahres gewählt wurde.¹ „Hartz IV“ bezeichnet umgangssprachlich die einschneidendste Reform des Sozialstaates in der Geschichte der Bundesrepublik, bei der mit dem vierten und letzten „Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes“ die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1. Januar 2005 zusammengelegt wurden. Auch die Grundsicherungsleistungen (Alg II) bzw. der Lebensumstand, in dem eine Person auf diese Hilfsleistungen angewiesen ist, werden mit „Hartz IV“ betitelt. Einerseits ist es ein Synonym für Sozialabbau, politische Härte und wachsendes Armutsrisiko.² Andererseits steht es für einen Lebenszustand des „Sozialschmarotzertums“, der seinen Weg mit dem Verb „hartzen“³ bereits in den deutschen Sprachgebrauch gefunden hat. Immer wieder versteift sich die Kontroverse darauf, den Hilfeempfängern die eigentliche Schuld an der arbeitsmarktpolitischen Situation zuzuweisen⁴ oder sie werden als Verlierer der Globalisierung vorgeführt und bemitleidet.⁵ Doch was ist wahr an diesen Behauptungen und aus welcher Motivation heraus werden sie gemacht? Durch die mediale Kommunikation der Unterstellungen wurde ein zweideutiges Image eines „Hartz IV“-Empfängers geschaffen. Fraglich ist, ob die Medien dazu beigetragen haben, die Stereotype zu erschaffen und den Personenkreis der Arbeitslosengeld II-Empfänger als gesellschaftlichen Sündenbock bzw. Verlierer zu etablieren. Grundlegend ist natürlich zu betrachten, ob Vorwürfe bzw. Mitleid überhaupt berechtigt sind. Dabei muss man beachten, dass der Sozialmissbrauchs begriff zusätzlich auf zwei unterschiedlichen Ebenen diskutiert wird. Bei einer sogenannten Leistungsmissbrauchsdebatte, stellt sich die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Leistungsbezugs, also nach einem juristischen Problem. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei einer Missbrauchsdebatte

1 Gesellschaft für deutsche Sprache, 2004

2 z.B. Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. 2010

3 Langenscheidt Verlag 2009

4 z.B. Westerwelle 2010

5 Prantl 2009

um die Frage nach sozioethischen Aspekten der Leistungsanspruchnahme. Eine Vielzahl von rechtlich legalen Leistungsbezügen wird von gesellschaftlicher Seite als illegitim begriffen. Werden diese zwei Ebenen vermischt, entsteht eine undifferenzierte Debatte.

Bekannt dafür, besonders polarisierend und meinungsbildend zu agieren, ist die „BILD“. Als das auflagen- und reichweitenstärkste Printmedium Deutschlands hat sie einen großen Einfluss auf gesellschaftspolitische Diskussionen, wie „Hartz IV“. Von politischen Akteuren wird die „BILD“ immer wieder genutzt, um ihre Meinungen und Aussagen populär zu machen und somit die größtmögliche Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen. Es gilt zu untersuchen, wann, wie oft und wie die „BILD“ die Debatte über die „Hartz IV“-Empfänger thematisiert hat und welches eigentliche Ziel sie bzw. die politischen Akteure damit verfolgten. Des Weiteren ist zu prüfen, welche Darstellungsformen das Printmedium für die Hilfeempfänger benutzt hat.

Als Grundlage für die Untersuchung wird im ersten Kapitel das Medienthema „Hartz IV“ analysiert. Ein Überblick über die momentane politische und rechtliche Situation soll einen ersten Zugang zum Thema geben. Anschließend soll eine kurze Bilanz der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung nach fünf Jahren „Hartz IV“ zeigen, wie sich die Inhalte der Reform in der Realität darstellen. In diesem Kontext werden empirische Befunde herangezogen, um das medial diskutierte Thema einschätzen zu können. Im Weiteren wird darauf eingegangen, wie die Medien „Hartz IV“ behandeln und darstellen. Dabei hatte sich bereits vor in Kraft treten der Reform ein erhebliches Kommunikationsproblem, sowohl auf medialer als auch auf politischer Seite, gezeigt. Darauf wird für das grundlegende Verständnis kurz eingegangen.

Nachdem diese grundsätzlichen Aspekte abgehandelt sind, werden die Aussagen zu Alg II-Empfängern untersucht. Zuerst wird die unterstellte Opferrolle besprochen, da diese von Verbänden und Organisationen immer wieder hervorgehoben wird. Durch den andauernden Abbau des Sozialstaates würden sich die Armutsverhältnisse verschärfen und es zu einer Chancenungleichheit innerhalb der Gesellschaft kommen.⁶ Folgend wird auf die Missbrauchs- bzw. Leistungsmissbrauchsdebatte eingegangen. Dieser Teilaspekt des „Hartz IV“-Disputs ist in auffälliger Art und Weise immer wieder Gegens-

6 z.B. Der Paritätische (Wohlfahrtsverband) Gesamtverband 2010

tand der Diskussion und der Berichterstattung gewesen. Dabei wird im Besonderen auf das Verhältnis von tatsächlichen politischen Zielen und der Instrumentalisierung der Thematik eingegangen.

Im zweiten Kapitel wird das Medium „BILD“ analysiert. Zuerst wird die „BILD“ in die deutsche Medienlandschaft eingeordnet und als eines der meinungsführenden Leitmedien identifiziert. Daraufhin werden die genretypischen Merkmale des Boulevardjournalismus aufgezeigt, um die Arbeitsweise des Blattes verstehen zu können. Anschließend soll vermittelt werden, welche Rolle die Axel Springer AG, beim Agenda Setting und bei der vertretenen Meinung durch die „BILD“ spielt. Es gilt zu untersuchen, in welchem Maß die gesellschaftspolitischen Unternehmensgrundsätze und die womöglich eigne politische Meinung im Hause Springer, die Arbeit von der „BILD“ beeinflussen

Die Untersuchung der Zeitung folgt im dritten Kapitel. Im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum gesetzten Schlussdatum 1. März 2010 wird die Dresdner Lokalausgabe des Mediums untersucht. Dabei werden Titelseitenaufmacher, Berichte, Nachrichten und Kommentare zur „Hartz IV“-Empfänger-Darstellung herausgefiltert, teilweise in einen zeitlichen und politischen Kontext gebracht, nach Bewertungsklassen beurteilt und mit empirischen Befunden verglichen. Exemplarisch werden einzelne Texte eingehender untersucht. Dabei sind diese so gewählt, dass der gesamte Untersuchungszeitraum abgedeckt ist. Durch eine Analyse der journalistischen Inhalte und der Text-Bild-Gestaltung werden Erkenntnisse über die Arbeitsweise der „BILD“ gewonnen und es können Rückschlüsse auf ihre Rolle in der Debatte und ihre eigenen Interessen gezogen werden.

Im vierten und letzten Kapitel wird ein Fazit gezogen, indem die gewonnenen Ergebnisse zusammengefasst und interpretiert werden.

1. Das Medienthema „Hartz IV“

1.1. Ein Überblick über „Hartz IV“

Am 22. Februar 2002 legte die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ die so genannte Hartz-Konzeption der Bundesregierung unter Gerhard Schröder vor. Geplantes Ziel war die Halbierung der damals vier Millionen Arbeitslosen innerhalb von vier Jahren. Ursprünglich sollte sich die Kommission unter Leitung von Peter Hartz mit dem Umbau des Bundesamtes für Arbeit beschäftigen. Allerdings erweiterten sie ihren Aufgabenbereich und stellten Weichen für die Umgestaltung der gesamten Arbeitsmarktpolitik. Letztendlich wurden die verschiedenen Maßnahmen, die dieses Konzept enthielt, um es für das Gesetzgebungsverfahren besser bündeln zu können, in vier „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“ zusammengefasst und im Kontext der Reform der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes, besser bekannt unter Agenda 2010, umgesetzt. Sie traten schrittweise zwischen 2003 und 2005 in Kraft. Das vierte und letzte Gesetz, genannt „Hartz IV“ wurde zum 1. Januar 2005 auf der rechtlichen Grundlage des „Sozialgesetzbuch, Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGBII) eingeführt. Damit wurde die Zusammenlegung der früheren Arbeits- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II auf Niveau der früheren Sozialhilfe vollzogen. Das Arbeitslosengeld II (im weiteren Alg II) wird umgangssprachlich als „Hartz IV“ bezeichnet. Bereits im Dezember 2003 wurden die Kernpunkte der Reform im Vermittlungsausschuss beschlossen und verabschiedet. Lediglich formale Aspekte waren noch bis zur Einführung zu klären, wie die Verteilung der Verantwortung von Bundesagentur und Kommunen bei der Betreuung der zukünftigen Alg II-Empfänger. Dieses Alg II stellt die Grundsicherung für alle erwerbsfähigen Arbeitslosen dar. Allerdings kann es auch ergänzend bezogen werden, wenn ein Erwerbseinkommen oder das bezogene Arbeitslosengeld I nicht bedarfsdeckend ist. Generell bezugsberechtigt ist jeder der mindestens 15 und noch nicht 65 Jahre alt ist, erwerbsfähig und hilfebedürftig ist, sowie seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Bundesrepublik Deutschland hat.⁷ Hilfebedürftigkeit wird nach SGB II, §9, Absatz 1 wie folgt definiert: *„Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt, seine Eingliederung in Arbeit und den Lebensun-*

⁷ Bundesagentur für Arbeit, 2010

terhalt der mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem nicht

- 1. durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit,*
- 2. aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.“⁸*

Als erwerbsfähig gilt wer mindestens drei Stunden am Tag bzw. 15 Stunden in der Woche arbeiten kann.

Mit dieser staatlichen Hilfsleistung wird dem Anspruch des menschenwürdigen Lebens und dem Sozialstaatsgebot, welches im Grundgesetz festgeschrieben ist, Rechnung getragen. Mit der Neuorganisation der staatlichen Hilfsleistungen wurden auch die institutionellen Verantwortungen zusammengelegt. So werden die Leistungen der materiellen Grundsicherung und die Förderung zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gebündelt durch die neu gebildeten lokalen Arbeitsgemeinschaften aus Bundesagentur für Arbeit und Kommunen organisiert. Lediglich die 69 sogenannten Optionskommunen, also die in Alleinverantwortung tätigen kommunalen Grundsicherungsträger, die als Testversuch bis 31. Dezember 2010 befristet sind, bilden eine Ausnahme. Dabei werden die gezahlten Regelleistungen von der Bundesagentur getragen, die Kosten für Wohnraum und Heizung liegen jedoch im finanziellen Verantwortungsbereich der Kommunen, da diese Kosten starken regionalen Schwankungen unterworfen sind. Allerdings wird vom Gesetzgeber ein angemessener Wohnraum als Bewährungsgrundlage angegeben, welcher sich meist im unteren Segment des jeweiligen Wohnungsmarktes befindet. Nicht-erwerbsfähige Hilfebedürftige, zu denen auch Kinder zählen, sind vom Alg II ausgenommen und beziehen das so genannte Sozialgeld, welches sich allerdings ebenfalls auf Grundlage des Alg II berechnet. Seit dem 1. Juli 2009 gestalteten sich die bundesweit einheitlichen Regelsätze für Hilfebedürftige wie folgt (Stand Mai 2010):

⁸ Sozialgesetzbuch (SGB), Zweites Buch (II) § 9, Abs. 1

Tabelle 1: Regelsätze Arbeitslosengeld II seit 1. Juli 2009

Berechtigte Personen in einer Bedarfsgemeinschaft	% der RL	Betrag
Alleinstehende Alleinerziehende Antragsteller mit minderjährigem Partner	100	359 €
(Ehe-) Partner jeweils	90	323€
Kinder jünger als 6 Jahre (Sozialgeld)	60	215€
Kinder von 6 bis einschließlich 13 Jahren (Sozialgeld)	70	251€
Jugendliche und junge Erwachsene ab 14 bis 25 Jahre und sonstige erwerbsfähige Angehörige einer Bedarfsgemeinschaft*	80	287€

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

*Eine Bedarfsgemeinschaft ist dann existent, wenn die erwerbsfähigen Personen eines Haushaltes in einem engen persönlichen, oder verwandtschaftlichen Verhältnis zueinander stehen. Ist das der Fall, wird vom Gesetzgeber vorausgesetzt, dass diese Personen gemeinsam ihren Lebensunterhalt decken und sich in Notlagen gegenseitig wirtschaftlich unterstützen.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 wurde die angewandte Berechnungsmethode der Regelsätze für verfassungswidrig erklärt. Besonders bemängelt die Judikative die Missachtung der speziellen Bedürfnisse von Kindern, die laut Urteil keine kleinen Erwachsenen seien.⁹ Der Gesetzesgeber ist verpflichtet diese Berechnungsmethode verfassungsgemäß bis zum 31. Dezember 2010 zu ändern. Bis dahin bleibt die jetzige Regelung bestehen.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Alg II wurden auch die Bezugsdauer vom versicherungsfinanzierten Arbeitslosengeld I neu justiert. Sie wurde auf zwölf Monate bei unter 55-jährigen und auf 18 Monate bei über 50-jährigen begrenzt. Auch wurden die Kriterien für die Aufnahme zumutbarer Arbeit durch Arbeitslose verschärft. Mit dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ wurde eine neue aktivierende Sozialstaatsstrategie eingeführt die von den Bürgern Bereitschaft zur Kooperation bei der Arbeitsvermittlung als Gegenleistung für die gezahlten staatlichen Sozialleistungen abverlangt. Dieser Paradigmenwechsel stellt die Antwort auf die Krise des Sozialstaates dar, der durch zu hohe Kosten und fehlende Flexibilität, so nicht

⁹ Vgl. Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010

länger haltbar war. Die Überlegung die dahinter steht ist, dass nur durch den Umbau des Sozialstaates und die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik das Sozialsystem erhalten werden kann. Was mit dem Umbau und dem Prinzip des Förderns und Forderns gemeint ist, zeigt sich im Bericht über die Ausgangslage der Agenda 2010: *„Die Bürgerinnen und Bürger sollen in Notlagen mehr Verantwortung für sich und ihre Partner und Familien übernehmen. Dadurch kann der Sozialstaat entlastet werden und sich auf die Hilfe für diejenigen konzentrieren, die es alleine nicht schaffen.“*¹⁰ Auch bereits bei der Verkündung der „Agenda 2010“ vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2003 sprach der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder dieses neue Prinzip der Arbeitsmarktpolitik an: *„Wir werden die Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“*¹¹ Zum angesprochenen Prinzip des Förderns, zählen neben den Leistungen zur Lebensunterhaltssicherung auch solche, welche die Hilfsbedürftigkeit beseitigt bzw. eindämmt. Dazu gehören vor allem Unterstützungen zur Wiedereingliederung der Betroffenen in den Arbeitsmarkt oder zum Erhalt von bestehender Erwerbstätigkeit. Diese angewandten Maßnahmen sind insbesondere: die Betreuung durch einen Fallmanager, die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs), Einstellungszuschüsse, Bildungs- und Trainingsgutscheine und die Beauftragung Dritter mit der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Die Anwendung dieser Maßnahmen liegt im Bemessen der Behörden und des jeweiligen Fallmanagers, der diese individuell angepasst auf die jeweilige Person einsetzen soll. Bei diesen Maßnahmen wird vom Betroffenen nach dem Prinzip des „Forderns“ eine aktive Mitarbeit bei der Wiedereingliederung verlangt. Wenn sich ein Alg II-Empfänger gegen diese Mitarbeit verwehrt oder nicht genügend Initiative zeigt greifen Sanktionen die mit den Änderungs- und Fortentwicklungsgesetzen zwischen 2005 und 2007 eingeführt wurden. Die einzelnen Modifizierungen des SGBII sind in der folgenden Tabelle aufgelistet:

10 Regierung online: Grundideen der Agenda 2010

11 Schröder 2003

Tabelle 2: Modifizierungen des SGB II von 2005 bis 2007

Einführung	Name	Inhalt
22.12.2005	Erstes Gesetz zur Änderung des SGBII	<ul style="list-style-type: none"> * Regelt Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung von AlgII-Beziehern für 2005/2006
24.03.2006	Gesetz zur Änderung des SGBII	<ul style="list-style-type: none"> * Festlegen der bundesweit einheitlichen Regelleistung von 345€ zum 1. Juli 2006 * Absenkung des Rentenbeitrags von 78€ auf 40€ zum 1. Januar 2007 * Kürzungen für arbeitslose Volljährige unter 25 Jahren beim Auszug aus elterlichem Haushalt auf 80% der Regelleistung, des Weiteren muss Antrag auf Umzug gestellt werden, der genehmigt werden muss
01.08.2006	Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende TEIL 1	<p>u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Umkehrung der Beweislast bei Bedarfsgemeinschaften * Verschärfung der Kontrollmöglichkeiten und des Datenabgleichs * Schaffung von einem Außendienst zur Durchführung von Hausbesuchen bei Alg II-Empfängern * Leistungsausschluss beim Verstoß gegen die Erreichbarkeitsanordnung * Kürzung der Unterkunftskosten bei nicht genehmigtem Umzug * Einführung des Gründungszuschuss lediglich für Alg I-Empfänger und Wegfall der „Ich-AG“
01.01.2007	Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende TEIL 2	<p>Einführung der drei Sanktionsstufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Erste Pflichtverletzung: Leistungskürzung um 30% für 3 Monate * Zweite Pflichtverletzung: Leistungskürzung um 60% für 3 Monate * Dritte Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres: vollständige Streichung der Leistungen einschließlich Unterkunftskosten

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Das Prinzip des „Forderns“ lässt sich durch die Auflistung in Tabelle 2 eindeutig erkennen. Zudem zeigt sich das ausgebaute Kontrollsystem des SGB II, durch welches Alg II-Empfänger immer in der Pflicht stehen aktiv mitzuwirken bzw. sich überprüfen zu lassen, da sie sonst den Anspruch auf Hilfsleistungen verwirken.

1.1.1. Bilanz nach Fünf Jahren „Hartz IV“

Es waren große Erwartungen an die vor rund fünf Jahren in Kraft getretene „Hartz IV“-Reform geknüpft. So war das benannte Ziel die Halbierung der damals vier Millionen Arbeitslosen innerhalb von vier Jahren. Um es vorweg zu nehmen, dieses Ziel wurde bei Weitem nicht erreicht. Durch die Bündelung der Zuständigkeit für den Personenkreis der Alg II-Empfänger sowie durch eine Verbesserung der Beratung und Vermittlung, erhoffte man sich eine dynamische Optimierung bei der Integration von Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt. Durch das Prinzip des „Förderns und Forderns“ sollte der Druck auf die Betroffenen erhöht werden, um sie stärker zur Arbeitssuche- und Aufnahme zu motivieren, da man davon ebenfalls einen positiven Effekt für die Arbeitslosenzahlen erwartete. Als das letzte Hartz-Gesetz zum 1. Januar 2005 in Kraft trat, meldeten sich weit mehr Menschen bei den Arbeitsagenturen als von Politik und Wissenschaft erwartet wurde. Rund 4,5 Millionen erwerbsfähige Bundesbürger reichten ihren Antrag für das neue Alg II ein. Überdies wurden 1,6 Millionen nicht erwerbsfähige Hilfebezieher dazugerechnet, die in den Bedarfsgemeinschaften der Antragsteller lebten und somit Anspruch auf Sozialgeld hatten. Dabei handelte es sich zu 95 Prozent um Kinder unter 14 Jahren. Erschwerend und merkwürdigerweise kam hinzu, dass die Zahl der Hilfeempfänger bis zum Frühjahr 2006 stieg, im Gegenzug die Zahl aller Arbeitslosen aber abnahm. Der Wissenschaftler Karl Brenke vom DIW Berlin identifiziert in der Fachzeitschrift Wochenbericht in einem Artikel vom Februar 2010 für diese Entwicklung drei Hauptgründe:

- Interesse der Kommunen möglichst viele Sozialhilfeempfänger als arbeitsfähig zu erklären, um somit das bundesfinanzierte Alg II zu bekommen,
- Wechsel vieler Haushalte mit Erwerbstätigen vom Wohngeld zum Alg II, da sie so eine höhere Unterstützung erhielten,
- Inanspruchnahme von eigenen Hilfsleistungen (Alg II) bei Erwerbslosigkeit durch Jugendliche und junge Erwachsene nach Auszug aus dem elterlichen Haushalt.¹²

Jedoch fielen auch viele Bezieher der Arbeitslosenhilfe als Empfänger von Alg II aus dem System, da sie durch die geringeren Freibeträge bei der Anrechnung von Vermögen nicht mehr als hilfebedürftig galten.

Die Entwicklung der Zahl der Hilfebezieher lässt sich als Kurve skizzieren. Bis April 2006 stieg sie bis auf über sieben Millionen, was auch den absoluten Höchstwert in den letzten Fünf Jahren markiert. Ab diesem Zeitpunkt begann die Zahl der Hilfeempfänger allerdings kontinuierlich zu sinken. Brenke identifiziert hierfür den anhaltenden Beschäftigungsaufschwung, der nun auch auf den zweiten Arbeitsmarkt übergriff. Durch die Wirtschaftskrise im Herbst 2008 stieg die Zahl wieder an und seit dem Frühjahr 2009 stagniert sie. Zur Zeit der Untersuchung liegt sie bei 6,7 Millionen Hilfeempfängern, was deutlich über dem Startwert von 2005 liegt, allerdings um 700 000 unter dem Spitzenwert vom Frühjahr 2006.¹³

Im Weiteren untersucht Brenke die Bevölkerungsanteile unter den Hilfeempfängern und konstatiert, dass es erhebliche Unterschiede in Teilen der Gesellschaft gibt. So ist erkennbar, dass unter den Ausländern der Anteil der Bezieher doppelt so hoch ist, wie unter den Deutschen. Eine weitere Problemgruppe stellen die Alleinerziehenden dar, von denen jeder Sechste Unterstützungsleistung bezieht. Bei den unter 25-jährigen Alleinerziehenden liegt der Anteil sogar bei 80 Prozent. Sehr interessant ist das Ergebnis, dass lediglich in den ersten eineinhalb Jahren seit Beginn von „Hartz IV“ mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Hilfeempfänger arbeitslos waren. Mittlerweile ist der Anteil sogar auf 44 Prozent gesunken. Zu diesen nichtarbeitslosen erwerbsfähigen Empfängern zählen natürlich auch Schüler und Auszubildende, sowie Perso-

¹² Vgl. Brenke 2010

¹³ Ebd.

nen die an Wiedereingliederungsmaßnahmen teilnehmen und solche die einer Arbeit mit mehr als 15 Wochenstunden nachgehen (Aufstocker). Benke stellt fest, dass die Zahl der Arbeitslosen seit dem Frühjahr 2006 besonders stark zurückgegangen ist, wohingegen der Anteil der erwerbstätigen Bezieher von Alg II nur sehr schwach abgenommen hat. Daraus kann man schließen, dass die konjunkturelle Dynamik bei dieser zweiten Gruppe sehr viel niedriger ist und es trotz Maßnahmen und Arbeit schwer ist aus dem staatlichen Fürsorgesystem herauszukommen. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass durch die Ausweitung der wiedereingliedernden Maßnahmen viele einst Arbeitslose in der Statistik nun als nichtarbeitslos gelten. Allerdings ist der Teilnehmerbestand der Maßnahmen zu geringfügig gewachsen um diese Annahme fundiert stützen zu können. Hingegen hat die Zahl der Personen die Vermittlungsgutscheine in Anspruch nehmen stark zugenommen. Mit diesen „Gutscheinen“ werden externe Einrichtungen mit der Arbeitsvermittlung betraut. Alg II-Empfänger, die diese Leistung in Anspruch nehmen, gelten seit Anfang 2009 nicht mehr als arbeitslos und werden in der Statistik als erwerbstätig gezählt.

¹⁴ Hier könnte der Eindruck entstehen, dass solche Regelungen lediglich zum Beschönigen der Zahlen getroffen werden, um die Arbeit der Bundesagentur erfolgreicher erscheinen zu lassen.

Brenke entlarvt durch seine Auswertung der Statistiken auch eine weit verbreitete Annahme als nicht korrekt. Zwar befinden sich unter den arbeitslosen Alg II-Empfängern mehr Langzeitarbeitslose als unter den Alg I-Empfängern, doch machen diese gerade einmal einen Anteil von 41,2 Prozent aus. Als Langzeitarbeitslos gilt, wer länger als ein Jahr in der Arbeitslosigkeit verweilt. Die Bereitschaft aus der Hilfebedürftigkeit herauszukommen besteht also, was Brenke in seiner Untersuchung auch direkt mit Zahlen belegt. Dabei würden insgesamt 80 Prozent der Befragten Alg II-Empfänger eine angebotene Beschäftigung kurzfristig annehmen. Dieser Durchschnittswert wird allerdings stark durch die Altersgruppe „56 und älter“ gedrückt, in der viele durch die schlechten Aussichten auf Arbeit bereits resigniert haben. Von dieser Gruppe wollen 42 Prozent dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Klammert man die Älteren also aus, dann bleibt nur eine geringe Zahl von Personen die eine Arbeit ablehnen würden. Im Vergleich zu Angaben

14 Ebd.

hinsichtlich des Arbeitswillens zu 2003, wo die Reform noch nicht in Kraft war, hat sich demzufolge nichts geändert.¹⁵

Die ausgewerteten Daten des SOEP (Das Sozio-oekonomische Panel) zeigen, dass die Motivation, gemessen an der eigenen aktiven Jobsuche der Betroffenen, nach in Kraft treten der Reform vorerst gestiegen ist. Allerdings wendete sich das Blatt Mitte 2007 und ist im Erhebungszeitraum bis Mitte 2008 gefallen. Wie auch Brenke dieses Ergebnis bewertet, lässt das nicht auf eine gesteigerte und aktivierende Motivation der Arbeitslosen schließen, was ja eigentlich erklärte Intention der Reform war. Man könnte gar von einem Zusammenhang von der Reform und einer einsetzenden Demotivation der Betroffenen sprechen, da die Zahl der aktiven Jobsucher Mitte 2008 weit unter der von 2003 liegen. Auch das IAB bemängelt in seiner „Hartz IV“-Bilanz nach fünf Jahren: *„Anlass zu einer kritischen Beurteilung ergibt sich vor allem daraus, dass der Anspruch, individuell passende Betreuungs- und Aktivierungsleistungen anzubieten, in der Praxis noch nicht immer hinreichend eingelöst wurde.“*¹⁶

Insgesamt können die Daten, die Karl Brenke ausgewertet hat, der „Hartz IV“-Reform keinen eindeutigen Erfolg bescheinigen. Zwar ist die Zahl der Hilfeempfänger gesunken, doch ist auch denkbar, dass dafür womöglich der starke und überdurchschnittliche konjunkturelle Aufschwung verantwortlich ist.

¹⁷ Im IAB-Kurzbericht 29/2009 werden die Auswirkungen der Reform für den Arbeitsmarkt hingegen als positiv und eindeutig zuordbar eingeschätzt.

Durch die Deregulierung der Leiharbeit und die Förderung der sogenannten Minijobs, ist es zu einem erheblichen Wachstum des Niedriglohnssektors gekommen. 2008 waren 23 Prozent der Beschäftigten Geringverdiener mit weniger als 8,90 Euro Stundenlohn. Im Vergleich zu 1996 ist das ein Anstieg um 6,6 Prozentpunkte. Da viele Alg II-Empfänger über eine eher niedrige Qualifikation verfügen, erhoffte man sich mit dem Ausbau des Niedriglohnssektors eine leichtere und dynamischere Überführung in Beschäftigung. Allerdings wurden so im großen Maße Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen, deren Monatslohn unterhalb der Grundsicherung liegen. Diese Personen müssen, um

¹⁵ Vgl. Ebd.

¹⁶ Institut für Arbeitsmarkt - und Berufsforschung 2009

¹⁷ Brenke 2010

auf die Grundsicherung zu kommen, mit Alg II aufstocken. Zurzeit wird in einigen Argen das Modell des Kombilohns getestet. Dabei werden die zu niedrigen Löhne der Betroffenen durch staatliche Subventionen revidiert, sodass der Arbeitnehmer einen Lohn oberhalb der Grundsicherung beziehen kann. Somit soll sich Arbeit wieder lohnen und sich in rein finanzieller Hinsicht von reiner Hilfebedürftigkeit ohne Erwerbstätigkeit unterscheiden.

1.2. „Hartz IV“ in den Medien

Thomas Steinmann untersuchte im Rahmen seiner Diplomarbeit „Die Rolle der Presse im Reformprozess – Eine Analyse zur Agenda 2010“, wie sich die Leitmedien in der Berichterstattung zum Thema „Hartz IV“ im Jahr 2004 verhielten. Seine Untersuchung zeichnet dabei ein zum Teil verantwortungsloses und gespaltenes Bild der Medien. Es ist zu erkennen, dass sich die Berichterstattung der deutschen Leitmedien im Hinblick auf „Hartz IV“ bis in den Sommer 2004 auf das Kompetenzen- und Zuständigkeitsgerangel von Bund und Kommunen und die logistische Bewältigung durch die Bundesagentur konzentrierte. Die tatsächlichen Effekte der Reform für die Bürger und die inhaltlichen Aspekte wurden von den Medien weitgehend ignoriert. Sie vernachlässigten das eigentliche, politische Anliegen und drängten es in den Hintergrund, aus dem es im Sommer 2004 wie eine Welle von der niemand ahnte hervorbrach.¹⁸ Doch auch die rot-grüne Koalition versäumte es eine klare Kommunikation zur Aufklärung über die „Hartz IV“-Reform zu finden. Damit begünstigte sie Fehlinformationen, indem sie ein Interpretationsvakuum schuf. Steinmann bescheinigt der Regierung sogar ein *„zweifelloso schlechte(s) Reform-Marketing“*¹⁹.

Der Auslöser für die Kehrtwende in der medialen Berichterstattung über die bevorstehende Reform war das Verschicken der „Hartz IV“-Fragebögen durch die Bundesagentur für Arbeit, Anfang Juli 2004. Eine regelrechte Hysterie-Welle zog sich durch Deutschland. Die Medien griffen nun plötzlich die inhaltlichen Aspekte der Reform auf und präsentierten emotionalisierte Einzelgeschichten von den angeblichen Verlierern der Reform. Die öffentliche Reaktion auf die „nun endlich aufgedeckte“ Sachlage der „Hartz IV“-Reform löste eine Welle der Empörung und des Protests in Deutschland aus. Es kam vermehrt zu den so genannten Montagsdemos in Ostdeutschland, bei denen tausende auf die Straße gingen und gegen die neue und vermeintlich kaltherzige Politik protestierten. Die deutschen Leitmedien nahmen in dieser Zeit eine diffuse Rolle ein. Sie schürten die Wut und Empörung der Bürger, in dem sie immer neue schockierende Details und Auswirkungen der Reform aufdeckten. Daraufhin schenkten sie den Demonstrationen in Ostdeutschland so viel Aufmerksamkeit, dass der Eindruck von einem tapferen Volk im Ausnahmezu-

18 Vgl. Steinmann 2007, S. 51-52

19 Ebd.: S. 52

stand entstand, welches sich gegen die sozialräuberische Regierung auflehnt. Die Bürger, die gegen das längst beschlossene Gesetz auf die Straße gingen, erreichten durch Ihre Proteste wenig. Die wahre Gewinnerin der Montagsdemonstrationen war die PDS, die den Unmut der Bürger schnell für ihre Zwecke instrumentalisierte. Für die Sozialisten begann damit der Aufstieg der im September 2005, mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag, als neue „Die Linke“ resultierte. Während die Sozialdemokraten ihr politisches Profil durch die „Hartz IV“-Reform beim Wähler verloren und Schröder sein Amt vorzeitig niederlegen musste nutzten die Sozialisten die Chance um sich als deutschlandweite Partei, die angeblich für soziale Gerechtigkeit einsteht zu etablieren. Katrin Elger und Michael Sauga stellen in der Spiegelausgabe 53/2009 rückblickend richtig fest, dass die Reformen der Agenda 2010 *„Schröder das Amt gekostet, die Sozialdemokraten in eine Existenzkrise gestürzt und den Aufstieg der Linkspartei gefördert [haben].“*²⁰ Erst als sich diese Eigendynamik der Proteste herauskristallisierte und Extremisten von links und rechts den Aufruhr für sich nutzten, besannen sich die Medien auf ihre eigentliche Informationsfunktion. Ab Mitte August 2004 wurden große Serien publiziert, in denen endlich die tatsächlichen Informationen über die „Hartz IV“-Reform inhaltlich beleuchtet wurden und richtige Antworten für die Betroffenen geliefert wurden. Thomas Steinmann stellt fest: *„Diese Antworten kamen zwar spät, trugen aber ihrerseits zu einer Glättung der aufgepeitschten Stimmung bei, sodass im Zusammenhang mit Hartz IV eine Doppelrolle der Massenmedien konstatiert werden kann: Hatte eine Vielzahl der Medien durch eine volksnah, teils offen populistische Berichterstattung zunächst ihren Teil zu einer Aufheizung des öffentlichen Meinungsklimas beigetragen, sorgte die verspätete verantwortungsvolle Wahrnehmung ihres Informationsauftrags für deutliche Abkühlung.“*²¹

Als „Hartz IV“ am 1. Januar 2005 nach der ganzen Aufregung in Kraft trat, blieb den Medien nur die Feststellung, dass die Horrorszenarien, die sie im Sommer 2004 malten, nicht eintraten. Der bürokratische Aufwand der Zusammenlegung und die nun anfallenden Kosten für das „Hartz IV“-Programm rückten nun in den Vordergrund der Berichterstattung. Jetzt war nicht mehr der arme Arbeitslose das Opfer der Reform sondern es wurde, wie auf Spiegel

20 Elger/Sauga 2009

21 Steinmann 2007, S. 58

online am 10. Januar 2005 das „*Reformopfer Haushalt*“ entlarvt.²² Das Problem war, dass sich bei den Arbeitsagenturen 4,5 Millionen Alg II-Empfänger meldeten. Das waren weit mehr als die Politik und auch die Wissenschaft erwartet hatten. Damit stiegen verständlicher Weise auch die Kosten, die im Haushalt so nicht eingeplant waren.

In der folgenden Zeit blieb „Hartz IV“ ein ständiges Thema in den Medien. Kontinuierlich wurde über geplante und durchgeführte Veränderungen an der Reform berichtet. Immer wieder wurde die Frage diskutiert, ob sich die Reform gelohnt hat und welche tatsächlichen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt festzustellen sind. Die Probleme die die Reform mit sich brachte wurden aufgezeigt, beurteilt und diskutiert. Eine Diskussion die auch fünf Jahre nach in Kraft treten noch bei weitem nicht beendet ist, sondern stetig aktuell bleibt. Besonderen Aufschwung bekam das Thema immer vor Landtags bzw. Bundestagswahlen, da sich die Arbeitsmarktpolitik stets sehr gut für politische Polarisierung anbietet.

Es lässt sich also feststellen, dass das Thema „Hartz IV“ nach der anfänglichen Hysterie und den Fehlritten der Leitmedien, in eine relativ normale Berichterstattung überführt wurde. Allerdings lässt sich eine Besonderheit bei diesem Medienthema erkennen, die sich in gewissen Abständen aber konstant zeigt. Immer wieder werden die Alg II-Empfänger in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und die Arbeitslosenproblematik dadurch in personifizierter Form dargestellt und diskutiert.

22 Afhüppe / Feldenkirchen 2005

1.3. „Hartz IV“-Empfänger als gesellschaftliche Verlierer

Gesellschaftlich wichtige und weitgreifende Themen, wie die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitsmarktreform, bringen zahlreiche Probleme mit sich. So auch bei der „Hartz IV“-Reform. Wie bereits besprochen gab es schon im Vorfeld massive Kritik und Proteste am Vorhaben der Regierung. Stimmen wurden laut, die den deutschen Sozialstaat in Gefahr sahen. Tatsächlich ist die Angst vor „Hartz IV“ weit verbreitet und wird als sozialer Abstieg empfunden. Wer Alg II bezieht befindet sich am unteren Ende der Gesellschaft und lebt am Existenzminimum. Diese Annahme wird von der Tatsache gestützt, dass immer mehr Menschen Lebensmittel von der „Tafel“ beziehen müssen. Nach Angaben des „Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.“ ist die Zahl der Bedürftigen zwischen 2005 und 2007 um 40 Prozent gestiegen. Auffallend und bedenklich ist, dass dieser Anstieg genau ab in Kraft treten von „Hartz IV“ einsetzte. Tatsächlich werden Langzeitarbeitslose bzw. „Hartz IV“-Empfänger vom Bundesverband an erster Stelle als Nutzer dieses karitativen Angebots genannt.²³

Der Vorstandsvorsitzende der deutschen Tafel, Gerd Häuser, gibt an, dass die steigende Nachfrage die Organisation vor große Herausforderungen stellt: *„Die Zahl der Tafel-Nutzer steigt schneller als das Aufkommen an gespendeten Lebensmitteln.“*²⁴

Alarmierende Fakten, wenn man bedenkt, dass das Alg II eigentlich die Grundsicherung garantieren sollte. Hinzu kommt, dass gerade Kinder und Jugendliche immer stärker von relativer Armut betroffen sind. Gerade im Bereich Bildung haben die Heranwachsenden aus hilfebedürftigen Familien kaum Chancen aus dem Lebensumfeld ihrer Eltern auszubrechen. Keine guten Bildungschancen verursachen unqualifizierte Arbeitskräfte, die wiederum schneller staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen.

Die steigende Armut und die kontinuierliche Abnahme des Mittelstandes in den letzten fünf Jahren, lassen darauf schließen, dass die Arbeitsmarktreform mit „Hartz IV“ ein Grund für diese Entwicklungen ist. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass Alg II-Empfänger in den Medien oft als Verlierer und Opfer eines Sozialabbaus dargestellt werden. Immer wieder tauchen Wörter wie „soziale Schieflage“ und „soziale Kälte“ in der Debatte auf. Die Bundesre-

²³ Die Tafel 2010

²⁴ Häuser 2010

gierung hat mit dem am 7. Juni 2010 verabschiedeten Sparpaket weit reichende Einsparungen beim Sozialsystem beschlossen. „Hartz IV“-Empfängern soll das Elterngeld komplett gestrichen werden und auch der Rentenversicherungsbeitrag für sie soll gänzlich entfallen. Damit will die Regierung bis 2014 rund 2,2 Milliarden Euro einsparen. Die Kritik richtet sich diesmal vor allem gegen die Ungerechtigkeit, nur die Schwächsten der Gesellschaft mit Einsparungen zu belasten und die Vermögenden völlig außen vor zu lassen. *„Das ist ein Sparprogramm der sozialen Kälte, der ökologischen Zukunftsvergessenheit und der globalen Verantwortungslosigkeit.“*²⁵

Mit der Arbeitsmarktreform wurde eine Basis geschaffen um solche Einsparungen zu legitimieren. Tatsächlich wurde mit ihr ein völlig neues Fundament für die Grundsicherung geschaffen, welches nach allem Anschein nicht nur die wachsende Armut begünstigt, sondern auch die Menschenrechte gefährden.

1.3.1. „Hartz IV“ und die Menschenrechte

Der Sozialstaatsgedanke mit dem SGB II und dem dazugehörigen Alg II wurde grundlegend umgekehrt. Die Arbeitsmarktpolitik folgt seit dem 1. Januar 2005 einem völlig neuen Prinzip des „Förderns und Forderns“. Problematisch und oft kritisiert scheint dabei die Übereinkunft von SGB II und den Menschenrechten. Im alten Bundessozialhilfegesetz wurde die Zielsetzung der staatlichen Fürsorge noch wie folgt definiert: *„Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. [...]“*²⁶

Hierbei lässt sich erkennen, dass klar den Menschenrechtsverpflichtungen durch die staatliche Hilfsleistung Rechenschaft getragen wurde, die im Grundgesetz verankert ist. Aus diesem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes und dem sogenannten Würdeprinzip ist abzuleiten, dass jeder in Würde leben können muss, mit und auch ohne Arbeit. Es ist also ohne Bedeutung, ob der Betreffende nützlich für die Gesellschaft ist oder nicht. Jeder hat einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf das Existenzminimum. Nach dem SGB II wird dieses Recht allerdings verwirkt, wenn der betroffene Hilfebedürftige keine Gegenleistung im Sinne von Arbeitsbereitschaft erbringt. Wie bereits beschrieben greifen bei Fehlverhalten stufenweise Sanktionen, bis hin zur völli-

²⁵ Roth, Parteichefin der Grünen 2010

²⁶ Bundessozialhilfegesetz § 1, Abs. 2

gen Leistungsstreichung. Interpretiert man diesen Sachverhalt, lässt sich auf eine Verletzung der Menschenrechte schließen, da die Würde des Betroffenen verletzt wird und sein Recht auf ein Existenzminimum verwehrt wird. Der Sozialethiker Franz Segbers beschreibt diese Verletzung der Menschenrechte wie folgt: *„Das Recht des Menschen auf Leben geht jeder Pflicht zu einer Gegenleistung voraus. Das Recht auf einen angemessenen Lebensunterhalt folgt aus der wechselseitigen Anerkennung der menschlichen Würde und eben nicht der Beteiligung an einer Gegenleistung. [...] Wenn Grundrechte in Tauschverhältnisse überführt werden, findet aber eine massive Entrechtung statt.“*²⁷

In der Fachliteratur gilt ein soziales Recht aber als unbedingt, was bedeutet, dass ihm keine Pflichten gegenüber stehen und es somit auch nicht verwirkt werden kann. Symptomatisch für diesen Sachverhalt ist die Tatsache, dass der Bezug zur Menschenwürde, wie im früheren Bundessozialhilfegesetz im SGB II, gänzlich fehlt. Stattdessen wird als Ziel, wie es Segbers nennt, das Tauschverhältnis identifiziert.²⁸

Auch die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die Hilfebedürftige schnell in Arbeit überführen soll, ist kritisch zu sehen. So gilt nach dem SGB II fast jede Arbeit als zumutbar und darf nur begrenzt von den Betroffenen ausgeschlagen werden. Es besteht also ein gewisser Druck und Arbeitszwang in diesem Hilfeleistung- Gegenleistung- Prinzip.

1.4 Die Missbrauchs- und Leistungsmissbrauchsdebatte

Immer wieder flammt die Aussage in der „Hartz IV“-Debatte auf, dass Alg II-Empfänger faul seien und den Staat durch ihre fehlende Arbeitsmoral ausnutzen würden. Darüber hinaus würden sie betrügen und lügen, um mehr Leistungen vom Staat beziehen zu können. Sie hätten sich häuslich eingerichtet im Schutz des Sozialstaates und liegen dem ehrlichen und fleißigen Steuerzahler auf der Tasche. Damit werden oft alle Alg II-Empfänger unter Generalverdacht gestellt und somit gesellschaftlich diskreditiert. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer befragt jährlich 2000 Personen nach ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einstellung. Die Ergebnisse von der Befragung 2009 zeigen, dass viele Deutsche einen neuen Sündenbock ins Visier genommen

²⁷ Segbers 2009

²⁸ Vgl. Ebd.

haben: „47 Prozent der Menschen sind der Ansicht, dass „die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden“. 57 Prozent sagen, es sei „empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“. Gegen keine Gruppe finden sich in der Gesellschaft so viele Vorbehalte wie gegen Menschen, die schon länger keine Arbeitsstelle mehr haben.“²⁹

Daraus lässt sich erkennen, dass Mitmenschen heute in erster Linie nach ihrer Nützlichkeit und Leistungsfähigkeit be- und somit auch abgewertet werden.³⁰ Diese Abwertung oder Stigmatisierung kann durch zwei unterschiedliche Ansätze geschehen. Zum einen durch eine Missbrauchsdebatte, die den „Faulen Arbeitslosen“ zum Gegenstand hat, dessen Arbeitslosigkeit nicht durch die Situation am Arbeitsmarkt verschuldet ist, sondern durch sein eigenes moralisches Versagen. Dabei steht die Frage nach sozialetischen Aspekten des Leistungsanspruchs im Vordergrund. Zum anderen die Leistungsmissbrauchsdebatte, welche die illegitim bezogenen Leistungen durch meist falsche Angaben der Bezieher zum Gegenstand hat. Dabei stellt sich die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Leistungsbezugs.

Im eigentlichen juristischen Sinn kann eine Debatte über Sozialmissbrauch, also nur die rechtswidrige Inanspruchnahme von Leistungen behandeln und nicht eine als illegitim empfundene. Nach dem SGB II werden zwei Formen des Leistungsmissbrauchs definiert. Zum ersten die Erschleichung von Lohnersatzleistungen, was bedeutet, dass ein tatsächlicher Betrug des Empfängers bei der Anspruchsvoraussetzung vorliegt. Zum zweiten der unrechtmäßige Bezug von Lohnersatzleistungen unter Verletzung von Mitteilungspflichten, was die Unterschlagung von Änderungen die die Leistung beeinträchtigen beschreibt.³¹

Beide Ebenen der Sozialmissbrauchsdebatte sind einzeln, aber auch oft nicht trennbar, immer wieder Thema in der Öffentlichkeit. Dabei kann festgestellt werden, dass die Vermischung der beiden Ebenen auch von politischer Seite bewusst eingesetzt wird um spezifische Ziele zu erreichen. Allerdings gewährt eine Vermengung der Ebenen kein differenziertes Bild der Dinge und ist aus objektiver Sicht unzulässig.

29 Heitmeyer 2010

30 Vgl. Ebd.

31 Vgl. Aust/Müller-Schoell 2007, S. 52-56

1.4.1. Die Basis für Missbrauchsdebatten

Wie bereits dargestellt unterliegt die Arbeitsmarktpolitik dem Prinzip der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Daraus ergibt sich eine neue Sichtweise auf die Arbeitslosigkeit an sich. Sie wird nicht mehr länger als Problem gesehen, dass man durch politisches und ökonomisches Handeln lösen kann, sondern als Problem jedes einzelnen Arbeitslosen.³² Nicht die Übersättigung des 1. Arbeitsmarktes verhindert eine Einstellungen, sondern spezifische, individuelle Vermittlungshemmnisse und mangelnde moralische Selbstverpflichtung. Somit wird die Problematik Arbeitslosigkeit vom staatlichen Handeln entfernt und den Arbeitslosen in die Eigenverantwortung übertragen. Unterstützt von den JobCentern sollen sie die Vermittlungshemmnisse abbauen und kooperativ und aktiv an ihrer Wiedereingliederung arbeiten. Wenn sich Arbeitssuchende nicht angemessen an dieser Arbeit beteiligen drohen ihnen Sanktionen in Form von Leistungskürzungen, bis hin zu gänzlichem Leistungsentzug, wie in Kapitel 1.1. bereits besprochen. Mit dem Paradigmenwechsel der Arbeitsmarktpolitik und dem neuen Leitmotiv „*Eigenverantwortung stärken*“³³ hat ein Prozess begonnen, der den Begriff der gesellschaftlichen Solidarität umdeutet und neu definiert und somit solche Missbrauchsdebatten erst möglich macht.

Der Begriff erhält eine negative Abgrenzung, was sich in der Missbrauchsdebatte deutlich widerspiegelt, wo Alg II-Empfänger als „*Parasiten*“, „*Schwarze Schafe*“ oder „*Abzocker*“ bezeichnet werden.³⁴ Ihnen wird vorgeworfen, die gesellschaftliche Solidarität zu missbrauchen und sich Leistungen rechtswidrig zu erschleichen und auszunutzen. Ferner ist eine Privatisierung der Solidarität zu erkennen. Wie schon im Bericht über die Ausgangslage der Agenda 2010 dargelegt wird, zeigt sich hier eine zunehmende Inanspruchnahme der familiären bzw. partnerschaftlichen Verantwortung. Damit wird Abhängigkeit gefördert, da Solidarität nicht länger freiwillig stattfindet, sondern erzwungen wird.³⁵

³²Vgl. Rudolph/ Niekant 2007, S. 7

³³Ebd., S. 20

³⁴Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005

³⁵Vgl. Rudolph/ Niekant 2007, S. 19-21

1.4.2. Das Verhältnis von Missbrauchs- bzw. Leistungsmissbrauchsdebatten und politischen Zielen

Eine Vielzahl von Missbrauchsdebatten hat ihren Ausgangspunkt bei zu hohen Sozialleistungsquoten. Diese wird als negativ für das wirtschaftliche Wachstum und die Innovationsfähigkeit angesehen. Wie Judith Aust und Till Müller-Schoell in ihrem Aufsatz „Vom Missbrauch einer Debatte“ feststellen, werden diese Missbrauchs- und Leistungsmissbrauchsdebatten von der Politik oft vor dem Hintergrund des Sparens inszeniert. Allerdings wird dieser Hintergrund meist nicht politisch transparent dargestellt und erklärt. Statt das wahre Ziel zu benennen, was laut Aust und Müller-Schoell der Rückbau der Leistungen ist, werden vielfältige Debatten über die Zielgenauigkeit und Legitimität sozialstaatlicher Hilfsleistungen geführt.³⁶ Damit wird das soziale Empfinden der Bürger untergraben und durch eine wirtschaftsorientierte Einstellung ersetzt. Die Aussage, dass die Missbrauchs- und Leistungsmissbrauchsdebatte von politischer Seite initiiert ist, untermauern immer wiederkehrende Aussagen von Politikern und Berichte von Seiten der Regierung. Wenn man einzelne Anstöße einer solchen Debatte ins politische Geschehen einordnet, lassen sich die Motivationen teilweise erkennen. In Tabelle 3 sind einige herausgegriffene Diskussionsanlässe zum Thema „Hartz IV“ aufgezeigt.

36 Vgl. Aust/Müller-Schoell 2007, S. 46

Tabelle 3: Missbrauchsvorwürfe und tatsächliche politische Ziele

Zeitpunkt/ Akteur	Inhalt	Grund	Ziel
April 2001/ Gerhard Schröder	Vorwurf gegen Leistungsempfänger, sie seien „Faulenzer“, „Drückeberger“, „Sozialschmarotzer“; Anzweifeln der Rechtmäßigkeit des Leistungsbezugs ³⁷	Zu hohe Ausgaben für Arbeitslose (Arbeitshilfe)	Legitimation des Reformbestrebens (Hartz-Gesetze)
Oktober 2005/ Wolfgang Clement (BMWA)	Alg II Empfänger würden System schamlos durch Betrug und Falschangaben ausnutzen; würden somit den Staat und den ehrlichen Steuerzahler schröpfen; durch Missbrauch würde es zur Kostenexplosion kommen ³⁸	Kostenexplosion bei den Ausgaben für das Alg II	Ablenkungsmanöver der Politik, damit geschaffene Reformprobleme nicht auf politische Fehlentscheidungen zurückfallen
Juli 2006/ Regierung	Fortentwicklungsgesetz soll gesetzlich legitimten aber als moralisch verwerflich angesehenen Leistungsmissbrauch durch gesetzliche Neuregelungen bzw. Veränderungen eindämmen	Zu durchlässige bzw. mehrdeutige Regelungen, dadurch zu hohe Kosten für den Staat	Einsparung von Kosten
Januar 2010/ Roland Koch	Vorwurf gegen Alg II-Empfänger, sie hätten sich häuslich im Hilfebezug eingerichtet; „Hartz IV“ sei eine angenehme Variante des Lebens; Forderung nach Arbeitspflicht für Alg II-Empfänger ³⁹	Verhinderung der Leistungsanhebung für Alg II-Empfänger und Ausbau der sozialen Sicherung	Verhinderung von Mehrkosten für den Staat
Februar 2010/ Guido Westerwelle	„Hartz IV“-Debatte hätte sozialistische Züge; „Hartz IV“ würde zu spätrömischer Dekadenz einladen ⁴⁰	Verhinderung des Ausbau des Sozialstaates	Stärkung der Rechte der Steuerzahler bzw. der Mittelschicht; Einsparung von Kosten für soziale Sicherung; Ablenken von Koalitions- und Partei-problemen

37 Schröder in BILD 2001

38 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005

39 Koch 2010

40 Westerwelle 2010

Zur Konkretisierung und Veranschaulichung der politisch initiierten Diskussion sollen jeweils kurz ein Missbrauchs und ein Leistungsmissbrauchsbeispiel im Folgenden diskutiert werden.

In dem Report „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat“ des BMWA wird eindrucksvoll an Hand von Einzelfällen die angebliche Betrüger- und Abzockermentalität der Alg II-Empfänger vorgeführt. Vergleichende Zahlen aus wissenschaftlichen Erhebungen fehlen ganz, wodurch ein fundierter Beweis über den Leistungsmissbrauch einfach nicht vorhanden ist. Lediglich die herangezogenen Einzelgeschichten der sogenannten „Schwarzen Schafe“ belegen vermeintlich ein generell vermutetes „Schmarotzer- und Betrugertum“. Dadurch wird ohne statistisches Fundament ein Verdacht durch polarisierende Einzelfälle als tatsächlich real dargestellt und populistisch aufbereitet. Somit wird eine Verschärfung der Kontrollen und Sanktionen legitimiert, sowie Kosteneinsparungen durch Reformen gesellschaftlich gerechtfertigt.⁴¹ Auch aus Kreisen der SPD, der das BMWA zu dieser Zeit unterstand wurde Kritik an diesem Bericht laut. So äußerte sich der Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner wie folgt: *„Es macht keinen Sinn Arbeitslose undifferenziert zu stigmatisieren.“*⁴² Darüber hinaus wurde zu diesem Zeitpunkt im Herbst 2005, von den Problemen die die Reform mit sich brachte abgelenkt. Diese waren durch unüberlegte Gesetzestexte im SGB II, Fehlplanungen und eine überlastete Verwaltung entstanden. Durch die Vielzahl von Anträgen blieb den Sachbearbeitern keine Zeit sie eingehend zu prüfen. So wurden auch viele fehlerhafte und vor allem nicht gerechtfertigte Anträge bewilligt. Allerdings wurde die Schuld nicht bei den Machern der Gesetze gesucht, die für das anfängliche Chaos verantwortlich war, sondern bei denen die deren Möglichkeiten nutzten und vielleicht auch ausnutzten.

Ein Beispiel, wie eine Missbrauchsdebatte durch Politiker initiiert wird, lieferte der hessische Ministerpräsident Roland Koch Anfang 2010. Der Wirtschaftswoche sagte er im Interview: *„In Deutschland gibt es Leistungen für jeden, notfalls lebenslang. Deshalb müssen wir Instrumente einsetzen, damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht. Wir müs-*

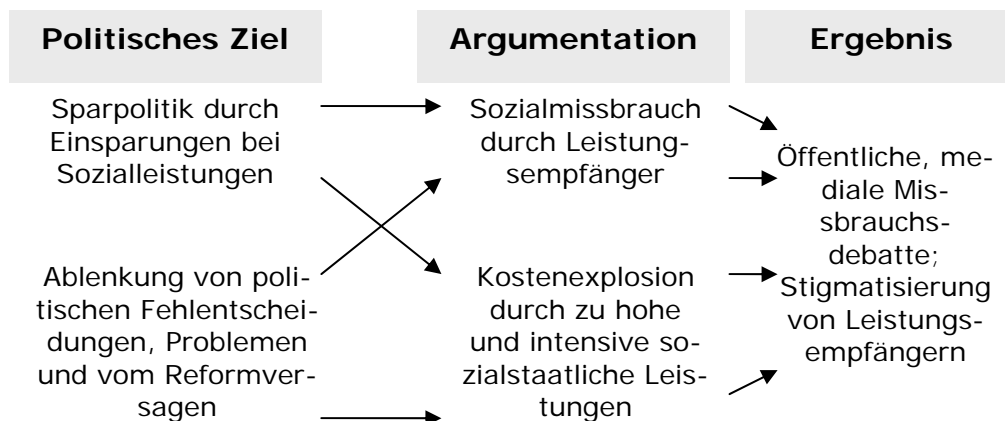
41 Aust/Müller-Schoell 2007, S. 46

42 Brandner in Der Spiegel 2005

sen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung. Dass er eben nicht bloß zu Hause sitzt.“⁴³ Diese Aussage zeigt, dass er hier den Verdacht schürt, Alg II-Empfänger wären mit ihrer Situation zufrieden und würden teilweise ein sorgenfreies Leben auf Kosten des Staates führen. Aus diesem Grund würde es für viele gar kein Bestreben geben aus ihrer Hilfebedürftigkeit herauszukommen. Seine Patentlösung heißt Arbeitspflicht, damit niemand ohne Gegenleistung Geld empfängt. Doch mit einer Arbeitspflicht ist auch immer ein Arbeitszwang verbunden, der nach geltendem Menschenrecht illegal ist. Auch bei diesem Interview fehlen die Daten auf die sich Kochs Aussagen stützen könnten. Ein differenziertes Bild können seine Aussagen dadurch nicht liefern. Doch schüren sie eine öffentlich und medial geführte Diskussion die Alg II-Empfänger ohne genannte Beweise in ein schlechtes Licht rückt. Somit wird der Versuch unternommen eine Anhebung der Regelsätze zu verhindern, indem dies von der Öffentlichkeit als ungerecht empfunden wird.

Aus den angeführten und diskutierten Beispielen lassen sich zwei tatsächliche politische Ziele ableiten, für die wiederum zwei Argumentationsthemen zur Erreichung benutzt werden. Die Ziele und Thesen sind in Abbildung 1 schematisch dargestellt.

Abbildung 1: Politische Ziele, Argumentationsthemen und Ergebnis



⁴³ Koch 2010

Aust und Müller-Schoell widerlegen in ihrem Beitrag die politisch genutzten Argumente. Sie kommen zu dem Schluss, dass ein Leistungsmissbrauch im juristischen Sinne nicht in nennenswertem Umfang stattfindet. Hierfür untersuchten sie die Zahlen des Datenabgleichs (Quartal III 2005 bis Quartal I 2006), den die Bundesagentur für Arbeit Quartalsweise vornimmt. Dabei kam es in vier Prozent der Fälle zu einer Überzahlung, also zu einer unberechtigt bezogenen Leistung. In diesem Wert mit inbegriffen waren auch alle Fälle, in denen die Überzahlung durch Fehler der Verwaltung zustande kamen. Bezogen auf die Gesamtkosten der Grundsicherung machen diese Überzahlungen im ersten Quartal 2006 weniger als ein Promille aus. Das zeigt, dass auch der finanzielle Schaden des Missbrauchs im juristischen Sinn relativ gering ist. Auch die Argumente der moralisch geführten Missbrauchsdebatte sind nicht direkt haltbar. Benke stellte Anfang 2010 fest, dass nicht die „Arbeitsmoral das Problem“ sei, was er an Zahlen eindeutig belegen konnte (Vgl. Kapitel 1.1.1.). Auch Aust und Müller-Schoell verwehren sich gegen diese Behauptungen und argumentieren auf ähnliche Weise wie Benke. Zudem stellen sie fest, dass *„die Leistungen des Alg II [...] keineswegs generös [sind] und bieten schon deshalb keinen Anreiz sich in diesem System einzurichten“*⁴⁴. Auch das Argument der Kostenexplosion ist nicht haltbar. Vielmehr kam es mit der Reform zu einer Verschiebung der Kosten zwischen Alg I und Alg II die sogar noch Spareffekte mit sich brachten. Den Mehrkosten für das Alg II, die tatsächlich entstanden sind, stehen erhebliche Einsparungen beim Alg I gegenüber. Zusätzlich ist erkennbar, dass insbesondere bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik enorm gespart wird. Diese Tatsache widerspricht allerdings dem auferlegten Prinzip des „Förderns“ und lässt die Vermutung zu, dass der Slogan „Fördern und Fordern“ doch recht einseitig praktiziert wird.⁴⁵

44 Aust/Müller-Schoell 2007, S. 55

45 Vgl. Aust/Müller-Schoell 2007, S. 52-62

1.5 Zusammenfassung

Die Einführung von „Hartz IV“ hat viele Probleme mit sich gebracht. Nach gut fünf Jahren Laufzeit sind die Meinungen geteilt, welchen Nutzen und welche Verbesserungen die Reform gebracht hat. Ziel war es den Sozialstaat so umzubauen, dass möglichst Kosten gespart werden können. Dieses Ziel wurde auch entgegen der medialen Berichterstattung erreicht. Es ist statistisch nicht belegbar, dass Menschen durch das Prinzip des „Förderns und Forderns“ schneller und effektiver in Arbeit vermittelt werden. Den Hilfebedürftigen werden lediglich härtere Beschränkungen und Sanktionen auferlegt, für die sie im Gegenzug aber keine optimierte Vermittlungsleistung erhalten. Wird dieser Sachverhalt richtig erkannt, stellen die Medien die Klientel der Alg II-Empfänger als Opfer der Gesellschaft dar, für die es keine Arbeitsplätze gibt. Das Paradoxe aber ist, dass die Debatte über die Situation am Arbeitsmarkt oft zu Kosten der Hilfebezieher geführt wird. Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde existiert Leistungsmissbrauch zwar, aber in einem verhältnismäßig geringen Umfang. Ein Missbrauch im moralischen Sinn ist mit Zahlen weder belegbar noch widerlegbar. Aber man kann davon ausgehen, dass die hohe Fluktuation innerhalb des Kreises der „Hartz-IV-Empfänger“ und die große Bereitschaft sofort einen Job anzunehmen, darauf hinweisen, dass keine allgemeine Arbeitsunwilligkeit besteht. Deswegen können weder die betrugsverursachten Kosten, noch die Faulheit der Leistungsbezieher ein haltbares Argument sein. Der Nutzen solcher Debatten liegt wo anders. Es ist festzustellen, dass die Politik die undifferenzierten und vermischten Sozialmissbrauchsdebatten gebrauchen um ein gesamtgesellschaftliches Meinungsklima zu erschaffen, das wiederum sozialstaatliche Einsparungen legitimiert. Um dieses Ziel zu erreichen konzentriert man sich oft auf Einzelgeschichten, da diese eine emotionale, polarisierende und greifbare Atmosphäre schaffen. Aust und Müller-Schoell stellen fest: *„Der exemplarische Verweis auf Einzelfälle rechtlich sanktionierbaren Missbrauchs schafft ein gesellschaftspolitisches Klima, in dem auch legaler Leistungsbezug leichter in Frage gestellt werden und systematisch mit der Ausgabenentwicklung verbunden werden kann.“*⁴⁶

Ohne Zweifel haben solche medialen Diskussionen eine große Wirkung auf die Meinung der Bevölkerung und schüren das negative Klischee des „Hartz IV“-Empfängers. Die politischen Akteure verfolgen mit dem Anstoß einer solchen Debatte die nahe liegenden Ziel des Kostensparens und das

46 Aust/Müller-Schoell 2007, S. 54

Ablenken vom eigenen Versagen. In einer Studie des „Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung“ stellten die Autoren bereits 2001 fest: *„Es dürfte aus dem Rückblick jedoch auch deutlich geworden sein, dass die „Faulheits- und Drückebergerdebatten“ nicht nur mit dem möglichen oder vermeintlichen Fehlverhalten von Arbeitslosen zu tun haben, sondern zu einem guten Teil auch politischen Kalkül folgen. Der auffällige Zusammenfall der Debatten [...] mit bevorstehenden Wahlen und einer unzufriedenen Entwicklung der Arbeitslosigkeit, geben dem Verdacht Nahrung, dass die Arbeitslosen als Sündenböcke [...] herhalten müssen.“*⁴⁷

Durch die immer wiederkehrenden Vorwürfe gegen den Kreis der Alg II-Empfänger wird auf Dauer das öffentliche Bild dieser geformt und gefestigt. Dabei ist zu überlegen, in wie weit die Medien an diesem Prozess der Meinungsbildung, -verbreitung und -festigung beteiligt sind und ob sie eventuell auch gezielt Interessen innerhalb einer solchen Debatte verfolgen und so Einfluss auf den öffentlichen Diskurs nehmen. Einen Ansatz zur Problemklärung soll diese Arbeit in der Untersuchung des auflagenstarken Leitmediums „BILD“ versuchen zu zeigen.

⁴⁷ Oschmiansky/ Kull/ Schmid 2001, S. 8

2. Die „BILD“

Die „BILD“ ist mit einer gedruckten Auflage von rund 3,8 Millionen die größte Tageszeitung Europas. Sie erreicht täglich circa 11,6 Millionen Menschen in Deutschland, was 17,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren entspricht.⁴⁸ „BILD“ gehört zu den meist zitierten Medien und landete beim Zitateranking im zweiten Halbjahr 2009 nur knapp hinter dem „Spiegel“ auf Rang zwei. Im Bereich Politik wurde „BILD“ ganze 357 Mal von anderen Medien zitiert.⁴⁹ Zahlen, die eindrucksvoll beschreiben, welche große Rolle „BILD“ in der deutschen Medienlandschaft spielt und welche Macht der Zeitung dadurch gegeben ist. Das Printmedium wäre nicht so erfolgreich, wenn es keine eingeschworene Leserschaft hätte. Der Großteil der „BILD“-Rezipienten ist zwischen 40 und 49 Jahren (21 Prozent), hat einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss mit Lehre (43 Prozent), ist berufstätig (63 Prozent) und arbeitet als Angestellter bzw. Facharbeiter. Allerdings sollte nicht unterschätzt werden, dass der Anteil der Besserverdiener und Personen mit höherem Bildungsabschluss unter den Lesern stetig zunimmt. Somit ist „BILD“, wie oft behauptet nicht mehr nur die Zeitung der einfachen Arbeiterschicht. Dieser Fakt ist besonders wichtig, da er anzeigt, dass die Zeitung längst das Gros der Gesellschaftsschichten erreicht hat.

Oft werden Medien als politische Akteure und vierte Gewalt im Staat bezeichnet. Gerade „BILD“ als größte und einzige landesweite Boulevardzeitung ist ein einflussreicher Faktor auf andere Medien, das Publikum und auch die Politik. Der Medienwissenschaftler Carsten Reinmann stellt fest, dass die *„Bedeutung von „BILD“ innerhalb des politischen Systems und des Journalismus in den letzten Jahrzehnten zugenommen [hat]“*⁵⁰.

Diese Zeitung schafft es durch ihre Berichterstattung die politischen Ansichten der Rezipienten zu beeinflussen und somit politische Entscheidungen anzuregen. Bedingt durch die Mediengattung des Boulevards werden vor allem besonders polarisierende politische Themen auf die Agenda gesetzt. So zeigt sich die Durchschlagskraft des Mediums bei der Berichterstattung über einen Mann namens Rolf J., genannt „Florida-Rolf“, im August 2003. Dieser

48 ma Presse I 2010

49 PMG Presse-Monitor 2010

50 Reinemann 2008, S. 197

lebte von deutscher Sozialhilfe in Miami Beach. „BILD“ berichtete ausführlich und empört, wie so ein Missstand möglich sein kann. Damit trat die Zeitung eine sozialetische Missbrauchsdebatte los, die an das moralische Empfinden der Rezipienten gerichtet war. Die Bundesregierung sah Handlungsbedarf. Daraufhin beschloss das Kabinett umgehend, die Richtlinien für Sozialhilfezahlungen für im Ausland lebende Hilfeempfänger zu verschärfen. Der Journalist Kai-Hinrich Renner interpretiert die Wirkung solcher polarisierenden „BILD“-Geschichten, wie folgt: *„Nach der Lektüre solcher Geschichten fallen sowohl Politiker als auch so genannte seriöse Medien mitunter einem hemmungslosen, geradezu irrationalen Aktionismus anheim. Das beste Beispiel dafür ist die Story von dem Sozialhilfeempfänger, der seine Stütze in Miami verzehrte.“*⁵¹ Die Berichterstattung der „BILD“ führte somit zu einer schnellen Änderung der Gesetzeslage, auch wenn diese Maßnahme von vielen Kritikern als ineffizient bezeichnet wurde. Rein rechnerisch wurde die Umsetzung der Gesetzesnovellierung nämlich teuer für den deutschen Steuerzahler. Der Staat musste für die Umzugskosten der Betroffenen aufkommen und zudem die höheren Unterstützungskosten zahlen, die im Ausland durch die zum Teil niedrigeren Lebenshaltungskosten geringer gewesen waren. Renner stellt fest: *„So kann es gehen, wenn man mit „BILD“ regieren will.“*⁵²

Fraglich ist, warum „BILD“ so agiert und immer wieder, wie hier durch „Florida-Rolf“, versucht auf den deutschen Sozialstaat einzuwirken. Welche Elemente unterliegen einfach nur den klassischen Merkmalen des Boulevardjournalismus, mit denen rein wirtschaftliche Ziele verfolgt werden? Und welche sind Zeitungseigene politische Auffassungen und Interessen? Um dieser Problematik auf den Grund gehen zu können müssen zunächst die boulevard-spezifischen Merkmale von „BILD“ identifiziert werden.

51 Renner 2003

52 Ebd.

2.1. „BILD“ als Vertreterin des Boulevardjournalismus

Boulevardmedien bilden ein eigenes Genre innerhalb des Journalismus. Die Bezeichnung „Boulevard“ leitet sich ab von dem typischen Merkmal des Straßenverkaufs. In erster Linie werden Zeitungen wie die „BILD“ wegen ihres Vertriebsweges dieser Gattung zugeordnet. Obwohl „BILD“ mittlerweile auch abonnierbar ist, gilt sie als klassische Kaufzeitung, da der Anteil der Abonnements lediglich rund ein Prozent der Verkäufe ausmacht. In der Fachliteratur oft zitiert wurde die Definition für Boulevardpresse von Kurt Koszyk und Karl H. Pruys. Obwohl diese Version schon aus den späten 1960'er Jahren stammt, erfüllt sie doch am ehesten die Ansprüche: *„Heute meint man mit diesem Begriff jene Periodika, die vorwiegend auf der Straße zum Kauf angeboten werden, eine betont populär-sensationelle Aufmachung (Balkenüberschriften, großflächige Fotos etc.) haben, den Leser durch schockierende Stories ansprechen wollen (sex, crime, war) und sich häufig bewußt einer sehr direkten Ausdrucksweise bedienen, die nicht selten die Vulgärsprache zu übertreffen sucht, um Neugier, Sensationshunger und Nervenkitzel einer bei der Lektüre kaum verharrenden Leserschaft permanent zu wecken und zu befriedigen.“*⁵³

Natürlich genügt diese kurze Definition bei weitem nicht, um das Genre der Boulevardmedien zu erfassen, doch gibt sie einen ersten Eindruck der grundlegenden Merkmale. Im Folgenden wird versucht die Eigenschaften dieser Gattung etwas näher aufzuzeigen um die „BILD“ in diesem Kontext einordnen zu können.

Die „BILD“ kann an circa 100.000 Verkaufsständen in 44 Ländern erworben werden. Bedingt durch die Art des Vertriebs wird vom Kunden täglich eine Kaufentscheidung gefordert. Dadurch ergibt sich die Gestaltung der Zeitung. Die Titelseite als Blickfang, mit den großen Schlagzeilen und den dominanten Fotos über dem Bruch dienen dem optischen und semantischen Kaufanreiz und der schnellen Identifikation. Der Anreiz scheint groß zu sein. Boulevardmedien gelten als Garanten für wirtschaftlichen Erfolg und obwohl die Auflage der „BILD“ in den letzten Jahren zurückgegangen ist, sichert sie der „Axel Springer AG“, doch einen stetigen, finanziellen Gewinn.⁵⁴

⁵³ Koszyk/Pruys 1969, S. 60-61

⁵⁴ Axel Springer AG 2010

Die hohen Leserzahlen der Zeitung kommen nicht von ungefähr. Der Kommunikationswissenschaftler Peter A. Bruck beschreibt die Boulevardzeitungen als *„eine der prägenden Medienformen der modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft“*⁵⁵. Straßenverkaufszeitungen sind ein Phänomen urbaner Strukturen und sind optisch, wie auch inhaltlich für einen schnellen und kurzen Lesemodus konzipiert und verlangen somit keine große Aufmerksamkeitsspanne. Die durchschnittliche Lesedauer der „BILD“ liegt nach Angaben der „Axel Springer AG“ zwischen 36 und 41 Minuten.⁵⁶ Damit ist dieses Mediengenre auf eine mobilisierte Leserschaft zugeschnitten die sich unterwegs zerstreuen, ablenken, orientieren und informieren möchte. Daraus erklärt sich auch die TV ähnliche Darstellungsweise, bei der die Schrift durch das Bild verdrängt wird. Durch Bilder kann schneller und ansprechender ein präziser Bezug zum Inhalt hergestellt werden und sie machen Themen, die sonst in komplexen Texten behandelt würden, für ein breites Publikum greifbar und verständlich. Bei der „BILD“ spiegelt sich diese Charakteristik im Namen selbst wieder. Der Verleger Axel Springer wollte zu seiner Zeit dem auf dem Vormarsch befindlichen Fernsehen ein gedrucktes Medium entgegensetzen. Deswegen konzipierte er „BILD“ als konsequent visuelle Zeitung, die sich nach der internen Blattreform 1953 schnell zu einem konventionellen Boulevardblatt entwickelt wurde.⁵⁷

Die einfache alltägliche Sprache, mit der gearbeitet wird, dient der schnellen Verständlichkeit und schafft populäre Identifikationsmöglichkeiten. Außerdem fördern Bilder, wie auch die kurzen Texte den Unterhaltungsgrad, was dem Bedürfnis der Leser nach anspruchslosem Entertainment entspricht. Bruck stellt fest: *„[...] gerade in unterhaltender Verpackung können politische Inhalte auch an Rezipienten mit geringem Interesse an explizit Politischem herangeführt werden.“*⁵⁸

Der Unterhaltungscharakter zieht sich durch alle Bestandteile der Zeitung, was sich in einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Kolumnen und Meinungsformen zeigt, die zudem oft mit Berichtsformen vermischt werden. Auch der Sportteil als Unterhaltungssparte nimmt viel Raum in der Zeitung ein und ist für viele Leser der ausschlaggebende Kaufgrund. Zudem lassen sich Sport-

55 Bruck 1996, S. 11

56 Infratest Burke Kommunikationsforschung 2000

57 Vgl. Schirmer 2001, S. 51-53

58 Bruck 1996, S. 20-21

themen hervorragend auf Sieg und Niederlage herunter brechen, was der Simplifizierung dient und somit polarisierende Storys schafft.⁵⁹

Allgemein ist festzustellen, dass mit Vereinfachungen in dargebotenen Erklärungsmustern und Figurenkonstruktionen gearbeitet wird. Dabei werden Personen oft mit Spitznamen oder wertenden Zusätzen versehen, um eine schnelle moralische Bewertung herstellen zu können. Auch die Sprache im Allgemeinen dient in erster Linie der Emotionalisierung. Diese Gefühlsbetonung wird durch eine Vielzahl von Exklusivinterviews, Zeugenschilderungen und Angehörigen erzeugt. Somit rückt eine Faktizität der Inhalte in den Hintergrund und die Emotion und Stilisierung in den Vordergrund.⁶⁰

Das Themenspektrum von Boulevardzeitungen ist relativ eng gesetzt. Bruck beschreibt, dass quantitativ wenig Politik und viel „sex and crime“ zu finden ist. Themen wie Gewalt, Verbrechen und Katastrophen sind genretypisch und auch bei nationalen und internationalen Nachrichten wird dieses spezifische Muster angewendet. Dazu werden vor allem persönliche Geschichten gewählt, die sich auf subjektives, nahes und familiäres konzentrieren.⁶¹

Das besondere Charakteristikum des Boulevardformats sieht Bruck in spezifischen Strategien Faktisches zu präsentieren. Er identifiziert die Inszenierung der Erzählstruktur als grundlegendes Merkmal des Boulevardjournalismus. So benennt er verbreitete Strategien, die letztendlich *„[...] in der Zurückstellung von Information zugunsten der Emotion zusammen [laufen]“*⁶². Grundlegend ist die Strategie der Familiarisierung. Durch die Verwendung von Spitznamen und vom Personalpronomen „wir“ und den immer wiederkehrenden persönlichen Details in den Storys wird Nähe und ein Zusammengehörigkeitsgefühl suggeriert. So wird unter den Lesern eine *„[...] Gemeinde der „braven“, steuerzahlenden Mehrheit gestiftet [...]“*⁶³. Dadurch kann man sich gegen Unbekanntes und Fremdes abschotten und Vorurteile gegen „die Anderen“ schüren. Gesellschaftliche Konflikte jeder Art werden so in dieses Schema gebracht, um sie einfach und greifbar zu gestalten. Daraus ergeben sich

59 Vgl. Ebd. S. 4-21

60 Vgl. Bruck 1996, S. 21-22

61 Ebd. S. 22-23

62 Ebd. S. 29

63 Ebd. S. 24

die Erzählstrategien der Simplifizierung und der Konstruktion von übersichtlichen Weltbildern. Daran schließt sich die Strategie der Personalisierung von politischen und wirtschaftlichen Problemen. Dabei werden komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge auf das Agieren einzelner Personen heruntergebrochen. Sie unterliegen dann dem moralischen Urteil des Boulevardmediums. Die Sprachwissenschaftlerin Cornelia Voss konstatiert dazu im Hinblick auf die „BILD“: *„BILD löst alle politischen und sozialen Beziehungen in Ereignisse mit emotionaler Sprengkraft auf. Politische Nachrichten werden in BILD offenbar nur dann ausführlich behandelt, wenn ihnen emotionale Komponenten inhärent sind, die als spannungserzeugende Elemente herausgefiltert werden können.“*⁶⁴

Dem Leser wird somit ein Verstehen, eine Überschaubarkeit der komplexen Zusammenhänge vorgetäuscht, die nach Brucks Auffassung in der modernen, vielschichtigen Gesellschaft völlig inadäquat ist. Voss, die sich ausschließlich mit der „BILD“ auseinandersetzt geht mit ihrer Aussage sogar noch ein Stück weiter: *„Dem Blatt ist eine ausgeprägte Tendenz zur strukturellen Entpolitisierung eigen [...]“*⁶⁵

Typisch für die Boulevardpresse ist, dass sich die Zeitung selbst immer wieder personalisiert, um beispielsweise als Fürsprecherin oder Anwältin der Leser aufzutreten und als deren Stimme zu fungieren. Beim Aufdecken von Missständen und Kriminalität tritt sie als Akteurin in Erscheinung, die für das Wohl der gestifteten Gemeinschaft kämpft. Dieses Vorgehen dient nach Brucks Verständnis der Leser-Blatt-Bindung.⁶⁶

Boulevardmedien lassen sich auch nach ihrem Weltbild bzw. ihrer Ideologie kategorisieren. Bruck schreibt dazu: *„Boulevardformatige Medien vertreten weitgehend den Status quo, sind politisch und moralisch konservativ. Orientierungspunkt ist die Mehrheit der Bevölkerung, um breitestmöglichen Absatz zu garantieren.“*⁶⁷

Auf Basis seiner eigenen Untersuchungen formulierte Bruck vier typische Merkmale von Boulevardjournalismus:

64 Voss 1999, S. 74

65 Ebd. S. 75

66 Bruck 1996, S. 23-26

67 Ebd. S. 31

- Vorurteile werden konstruiert,
- Gesellschaftliche Prozesse werden emotionalisiert und sensationalisiert,
- Politische Entwicklung werden auf das Handeln von „guten“ und „bösen“ Menschen reduziert,
- Politische Kampagnen werden inszeniert.⁶⁸

All die Merkmale und Erkenntnisse, die Bruck formulierte, treffen auf die „BILD“ mehr oder weniger zu. Doch nach dem Journalisten Vasco Boenisch nimmt die Zeitung eine herausgehobene Stellung innerhalb der Boulevardpresse ein, die nicht nur durch den großen Erfolg zu erklären ist.⁶⁹

2.1.1. Besonderheiten der „BILD“ als Boulevardmedium

Eine Besonderheit bei der „BILD“ stellen die Arbeitsabläufe der Zeitung dar. Die differenzierte Arbeitshierarchie lässt eine Nachricht durch zahlreiche Hände laufen, unter Umständen vom Lokalredakteur bis zum Chefredakteur in Hamburg, der letztendlich die höchste Instanz darstellt. Dadurch haben nur die Hauptnachrichtenredaktion und der Chefredakteur den gesamten Überblick über das ganze Themenspektrum, dass dem Blatt zur Verfügung steht. So sind es auch diese Instanzen die Regie führen und den Artikeln ihre Passform und Tendenz geben.⁷⁰

Weiter ist bei „BILD“ bemerkenswert, dass es immer einen gewissen Hang zum Politischen gab. In der Fachliteratur wird gar von der „Phase der Politisierung“ gesprochen, die 1958 einsetzte. Springer fühlte sich berufen in den festgefahrenen Ost-West-Dialog eingreifen zu müssen und wies die „BILD“ an, ihre bis dato politische Abstinenz aufzugeben. Anstelle der zuvor „weichen“, populären Themen wurde eine explizit antikommunistische Grundlinie gesetzt. In diesem Zusammenhang spricht man auch von der *„Umstellung vom Sorayanismus zur Politik“*⁷¹. Der politische Kurs von „BILD“ zeigte sich besonders beim spannungsgeladenen Ost-West-Konflikt, wie beispielsweise beim Mauerbau 1961. Eine weitere Untermauerung der Politisierung des Blattes

⁶⁸ Ebd, S. 4

⁶⁹ Boenisch 2007, S. 129

⁷⁰ Ebd. S. 129-130

⁷¹ Jürgs 1995, S. 175 (Sorayanismus, benannt nach der persischen Königin Soraya (1951-1958), bezeichnet eine Form des Journalismus, der sich auf Prominentenklatsch spezialisiert hat.)

liefert die Tatsache, dass ab 1967 die vier publizistischen Leitsätze Springers im Impressum abgedruckt wurden. Ein Ende nahm diese Phase 1971 mit Günter Prinz als neuem Chefredakteur. Unter seiner Leitung dominierten wieder Themen aus den Bereichen „sex, crime and scandal“.

Ein weiteres Charakteristikum der „BILD“ ist die Strategie der Autopoiesis. Das bedeutet, dass die Zeitung selbst ihre Nachrichten produziert und nicht die Umwelt, die eigentlich der zu beleuchtende Terminus ist. Das ausschlaggebende daran ist, dass diese auf sich selbst bezogenen Nachrichten als Realitäten ausgegeben werden. In rekursiver Art werden Artikel wie Fortsetzungsromane konzipiert und nur in einzelnen Brocken Tag für Tag fortgesetzt. Eine Sonderform stellt dabei nach Stefan Schirmers Auffassung die sogenannte journalistische Kampagne dar. Dieser schwerwiegende Vorwurf gegen die „BILD“ kommt häufig zur Sprache, allerdings kann nicht näher darauf eingegangen werden, da es sonst den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.⁷²

⁷² Boenisch 2007, S. 133-134

2.2. „BILD“ eine Zeitung der Axel Springer AG

2.2.1. Die Unternehmensgrundsätze

Die Einflussnahme Axel Springers auf die Chefredakteure und leitenden Mitarbeiter des Verlagshauses war, obwohl oft bestritten, doch sehr groß. Das Wort „Hauspolitik“ kam nicht von ungefähr. Springer sah sich in der Verantwortung all seine Publikationen auf seine persönliche, politische Linie zu bringen. Aus diesem Grund richtete er 1963 den Redaktionellen Beirat als beratendes Gremium ein. Die Zusammenkünfte beinhalteten neben redaktionellen und verlegerischen Sachverhalten, auch gesellschaftspolitische Vorgänge als Diskussionsstoff. Die Kommunikationswissenschaftlerin Gudrun Kruip schreibt über den Redaktionellen Beirat: „In einem Haus mit derart vielen und unterschiedlichen Blättern wie dem Springer-Verlag, das noch dazu Zentralen in zwei verschiedenen Städten hat, konnten die Ansichten Springers wohl kaum besser vermittelt werden als durch ein solches Gremium. Von dort aus fungierten dann die Chefredakteure als Schaltstelle zu ihren Mitarbeitern.“⁷³

Somit ist dieser Beirat als Instanz zu verstehen, in der es Springer schaffte seine persönlichen Überzeugungen und Positionen in alle Zeitungen des Hauses zu implementieren. Die zunehmende ideologische Vereinheitlichung der Blätter fand ihren Höhepunkt in den vier Grundsätzen des Verlags, die Axel Springer in einer Rede 1967 verkündete. Heute existieren diese leicht abgeänderter und um einen Grundsatz reicher noch immer und sind für alle Mitarbeiter des Hauses vertraglich bindend. Die Unternehmensgrundsätze lauten:

1. *Das unbedingte Eintreten für den freiheitlichen Rechtsstaat Deutschland als Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft und die Förderung der Einigungsbemühungen der Völker Europas.*
2. *Das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.*
3. *Die Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.*
4. *Die Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus.*

⁷³ Kruip 1999, S. 110

5. Die Verteidigung der freien sozialen Marktwirtschaft.⁷⁴

Auf Basis dieser Grundsätze argumentiert der Springer-Verlag seither, dass die Journalisten im Verlag frei und nur ihrem Gewissen verpflichtet sein, doch müssten sie lediglich ihre Artikel auf die fünf Grundsätze ausrichten. Das Haus Springer dazu wörtlich: *„Die darin formulierten fünf Grundsätze sind Grundlage der publizistischen Ausrichtung. Sie definieren gesellschaftspolitische Grundüberzeugungen, geben aber keine Meinung vor.“*⁷⁵

Kritiker sehen das allerdings ganz anders und argumentieren, dass diese Grundsätze in jedem Fall die journalistische Arbeit und Meinungsfreiheit beeinflussen, *„zumal sie nicht nur als bloße Bekenntnisse abgefasst sind, sondern als juristische Verpflichtungen, die Gegenstand jedes Arbeitsvertrags [...] sind“*⁷⁶. Kruip schreibt zu den Grundsätzen: *„Im Laufe der Zeit erwies sich die Interpretation der Grundsätze jedoch als so umfassend, daß sie für fast jedes Thema nur eine akzeptable Meinung zuließen.“*⁷⁷

So ist festzustellen, dass alle Mitarbeiter und somit Publikationen aus dem Hause Springer immer noch der verlagsinternen Ausrichtung unterliegen und von dieser geprägt und gelenkt werden.⁷⁸

2.2.2. Die politische Gesinnung

Axel Springer hatte eine klar antikommunistische Grundhaltung. Diese fand nicht zuletzt Ausdruck, als er während des Ost-West-Konflikts 1960 den „kämpferischen Antikommunisten“ Karl-Heinz Hagen als Chefredakteur von der „BILD“ einsetzte. Mit seinen Unternehmensgrundsätzen hatte es Springer geschafft, die Publikationen nach seinen persönlichen politischen Überzeugungen auszurichten. Diese Vorgehensweise der Meinungsvorgabe wurde laut Kruip seitdem, *„zu einem durchgängigen Merkmal der Verlagspolitik“*⁷⁹.

Dazu muss man verstehen, dass sich Axel Springer als politischer Verleger verstand. Er bezeichnete seine politische Ausrichtung als *„staatsloyal“* und seine Zeitungen würden *„die breite konservative Mitte“*⁸⁰ vertreten. Kruip kons-

⁷⁴ Axel Springer AG: Grundsätze und Leitlinien 2010

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Boenisch 2007, S. 151

⁷⁷ Kruip 1999, S. 111

⁷⁸ Vgl. Boenisch, S. 1151-152

⁷⁹ Kruip 1999, S. 108

⁸⁰ Ebd.

tatiert: „[...] so können sowohl Axel Springer als auch der Kurs seines Verlags als beinah idealtypisch konservativ bezeichnet werden [...].“⁸¹

Diese Einstellung wird von der Fachliteratur eindeutig den Parteien CDU/CSU zugeordnet und Springer „setzte [...] seine Zeitung unverhohlen dafür ein, Meinung zu machen“⁸². Dafür dass sich an der politischen Einstellung des Unternehmens auch 25 Jahre nach Springers Tod wenig geändert hat, führt Boenisch folgende Indizien an:

1. Hohes Traditionsbewusstsein des Unternehmens Axel Springer,
2. Großer Einfluss von Springers Witwe Friede, als Mehrheitsgesellschafterin und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates,*
3. Weiterführen von Axel Springer als Herausgeber in Impressen,
4. Bis heute geltende Unternehmensgrundsätze.⁸³

* Friede Springer besitzt 7 Prozent der Aktien der Axel Springer AG und 90 Prozent der Gesellschaftsanteile der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH & Co. der wiederum 51,5 Prozent der Aktien gehören.

Auch wissenschaftlich lässt sich die konservativ politische Einstellung mit Tendenz zur CDU nachweisen, wie Frank Brettschneider und Bettina Wagner in ihrer Untersuchung der „BILD“-Berichterstattung über den Bundestagswahlkampf 2002 zeigen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die „BILD“ durch ihre Berichterstattung „eine implizite Wahlempfehlung“⁸⁴ zugunsten der CDU/CSU gegeben hat. Sie konstatieren:

„Die Bild-Zeitung blieb daher ihrer Tradition der unions-günstigen Berichterstattung treu, die auch schon bei vorangegangenen Bundestagswahlen nachgewiesen wurde.“⁸⁵

Da die Bundestagswahl 2002 bereits unter die Zeit von Kai Diekmann als Chefredakteur von der „BILD“ fällt und Boenisch der Meinung ist, dass die Form und Ausrichtung der Zeitung von zwei Personen abhängt, nämlich Axel Springer (auch nach seinem Tod) und dem jeweiligen Chefredakteur, ist anzunehmen, dass auch Diekmann eine politische Linie verfolgt.⁸⁶ In der Fachliteratur wird er parteipolitisch eindeutig der CDU/CSU zugeordnet. Zwar kann man diese Annahme nicht endgültig beweisen, doch sprechen verschiedene

81 Kruip 1999, S. 124

82 Ebd. S 108

83 Vgl. Boenisch 2007, S. 150-151

84 Brettschneider/Wagner 2008, S. 240

85 Ebd.

86 Vgl. Boenisch 2007, S. 141

Tatsachen dafür. So zum Beispiel seine enge Verbundenheit mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. 1992 bis 1998, als Diekmann Politchef der „BILD“ war, entwickelte sich die Zeitung wieder zum „Kohl-Blatt“⁸⁷. Auch persönlich verbindet die beiden eine Freundschaft, da Diekmann zusammen mit Kohl dessen Biografie verfasste und er auch sein Trauzeuge war. Weiterhin hat Diekmann auch mit anderen CDU-Politikern, wie Rita Süßmuth und Roman Herzog, Bücher veröffentlicht.⁸⁸ Wie es scheint wirken sich diese persönlichen Überzeugungen des Chefredakteurs auch auf die Berichterstattung der „BILD“ aus, wenn man bedenkt, dass 2002 implizite Wahlempfehlungen gemacht worden.

2.3. Zusammenfassung

Die „BILD“ ist mit all ihren Arbeitsmethoden und Darstellungsformen ein boulevardtypisches Printmedium. Allerdings nimmt sie in diesem Genre eine Sonderstellung ein, indem sie im Verlauf ihres Bestehens oft eine politische Ansicht vertreten hat. Durch das starke Hierarchiegefüge und die klare politische Verortung bezieht sie des Öfteren Stellung bei gesellschaftspolitischen Vorgängen, oder unterstützt durch ihre Berichterstattung parteipolitische Forderungen und Kandidaten. Diese parteipolitische Verankerung lässt sich der CDU/CSU bzw. der Koalitionsbildung aus CDU und FDP zuordnen. Die „BILD“ hat ein explizites Interesse an gesellschaftspolitischen Entwicklungen, was sich in den fünf Unternehmensgrundsätzen widerspiegelt. Diese lassen nach eingehender Interpretation für jedes Thema meist nur eine gültige Meinung zu. Somit unterliegen die Inhalte der „BILD“ einem gleichgeschalteten gesellschaftspolitischen Standpunkt. Zudem orientiert sie sich immer an ihrem eigenen wirtschaftlichen Erfolg. Die Interessen und Auffassungen des Hauptleseranteils haben deswegen Priorität. Um das gewünschte Meinungsklima herzustellen werden Fakten oft gezielt unterschlagen bzw. hervorgehoben oder verfälscht. Die Zeitung neigt dazu sich selbst zu personifizieren und stellt sich als Sprachrohr für den Leser dar. Indem sie die Rezipienten in ihre Gemeinschaft einbezieht ist die Bewertung von Feinden möglich, die von der Mehrheit abweichen. Durch die Emotionalisierung der Inhalte erhält der Leser eine eindeutige Vorstellung und implementiert die dargestellte Meinung in sein Wertebild. Um das zu erreichen neigt die „BILD“ zu der Darstellung von personifi-

87 Ebd. S 162

88 Vgl. ebd. S. 163

zierten Einzelgeschichten, die aber keine objektive und differenzierte Berichterstattung zulassen. Das Printmedium hat durch seine zahlreiche Verbreitung einen großen Einfluss auf die Meinung der Menschen. Die „BILD“ nimmt ihre Rolle als Wächterin über die Mächtigen und die Demokratie mit aller Leidenschaft wahr, ohne dabei die unternehmenseigene Meinung zu vertreten.

3. Untersuchung

Die Zeitung „BILD Dresden“ wurde im Erhebungszeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 28. Februar 2010 untersucht. Das entspricht dem Zeitraum ab Einführung des vierten Hartz-Gesetzes. Dabei wurden alle Titelstorys, Berichte, Meldungen, Reporte und Kommentare, die eine Darstellung von „Altenheim-Empfängern“ beinhalteten, nach Datum, Überschrift, Darstellungsform und Platzierung aufgelistet und beurteilt. Besonderer Wert wurde auf personalisierte Darstellungen als inhaltliches Merkmal gelegt. Die Artikel wurden nach Prüfung der Überschrift und des Inhaltes Bewertungsklassen zugeordnet. Diese ergaben sich aus der unter Kapitel 1.4. erörterten Feststellung, dass es zum einen eine Darstellung der Betroffenen als „Opfer“ und zum anderen eine Darstellung als „Sozialtäter“ gibt. Diese Täterschaft lässt sich wieder in Missbrauch und Leistungsmissbrauch unterteilen. Da es in einer Vielzahl von Artikeln zu Überschneidungen kam, entstanden vier weitere Mischklassen. Die sieben Bewertungsklassen sind:

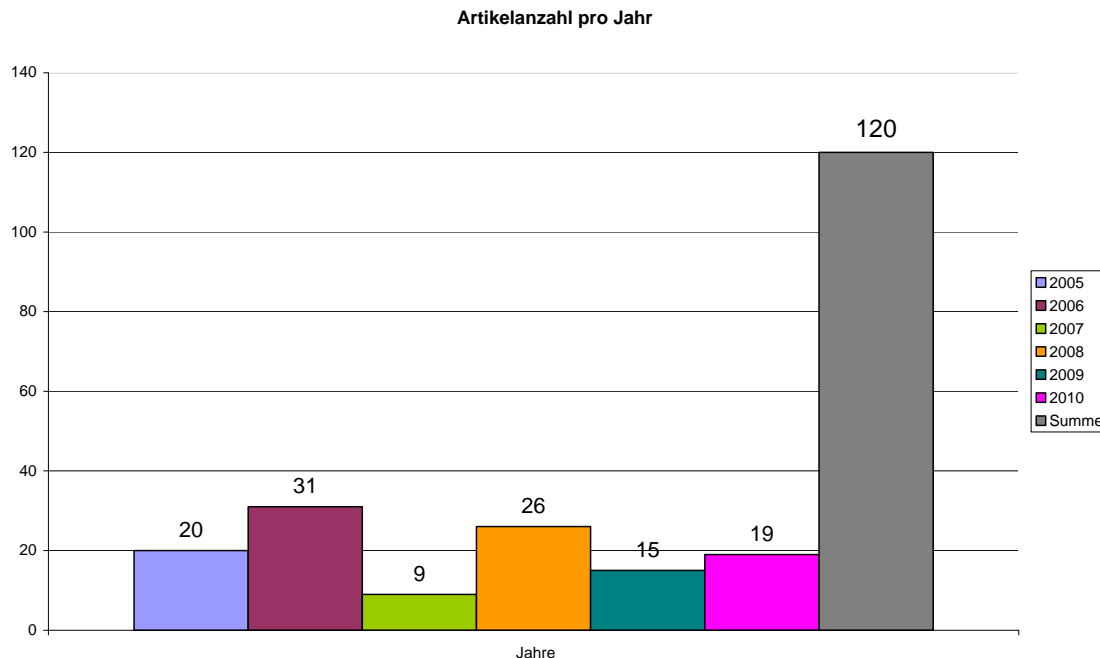
1. Opferdarstellung (OD = Wert 1 in Abb.6)
2. Missbrauchsvorkommen im moralisch empfundenen Sinn (MV = Wert 2 in Abb.6)
3. Leistungsmissbrauchsvorkommen im juristischen Sinn (LMV = Wert 3 in Abb.6)
4. Opferdarstellung / Missbrauchsvorkommen (OD / MV = Wert 4 in Abb.6)
5. Opferdarstellung / Leistungsmissbrauchsvorkommen (OD / LMV = Wert 5 in Abb.6)
6. Missbrauchsvorkommen / Leistungsmissbrauchsvorkommen (MV / LMV = Wert 6 in Abb.6)
7. Opferdarstellung / Missbrauchsvorkommen / Leistungsmissbrauchsvorkommen (OD / MV / LMV = Wert 7 in Abb. 6)

Nach dem der Erhebungszeitraum nach beschriebenem Schema abgehandelt wurde, begann die Identifikation von exemplarischen Beispielen. Dazu wurden aus der Grundgesamtheit drei Artikel ausgewählt. Diese stellen jeweils ein Beispiel für die Bewertungsklassen (exklusive der Mischklassen) dar und stammen jeweils aus einem anderen Erhebungsjahr, um den gesamten Zeitraum abzudecken. Die drei Artikel wurden dann einer genaueren Inhaltsanaly-

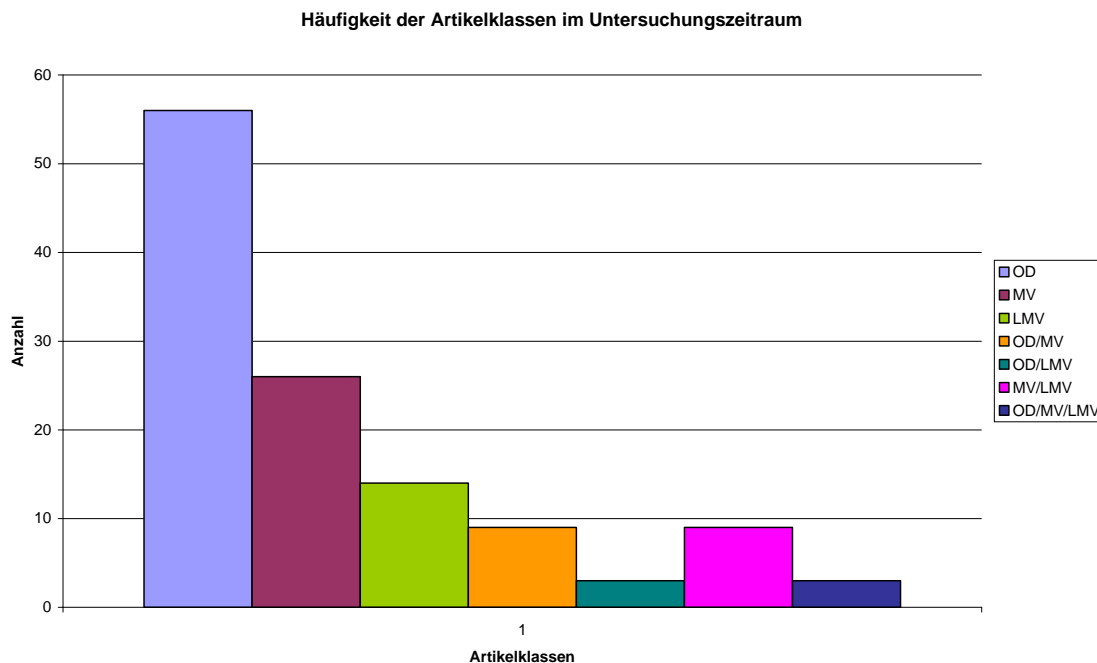
se unterzogen, um die Arbeitsweise der „BILD“ aufzuzeigen. An Hand dieser exemplarischen Untersuchung soll die Darstellung der Alg II-Empfänger näher betrachtet und interpretiert werden.

3.1. Ergebnisse der Untersuchung

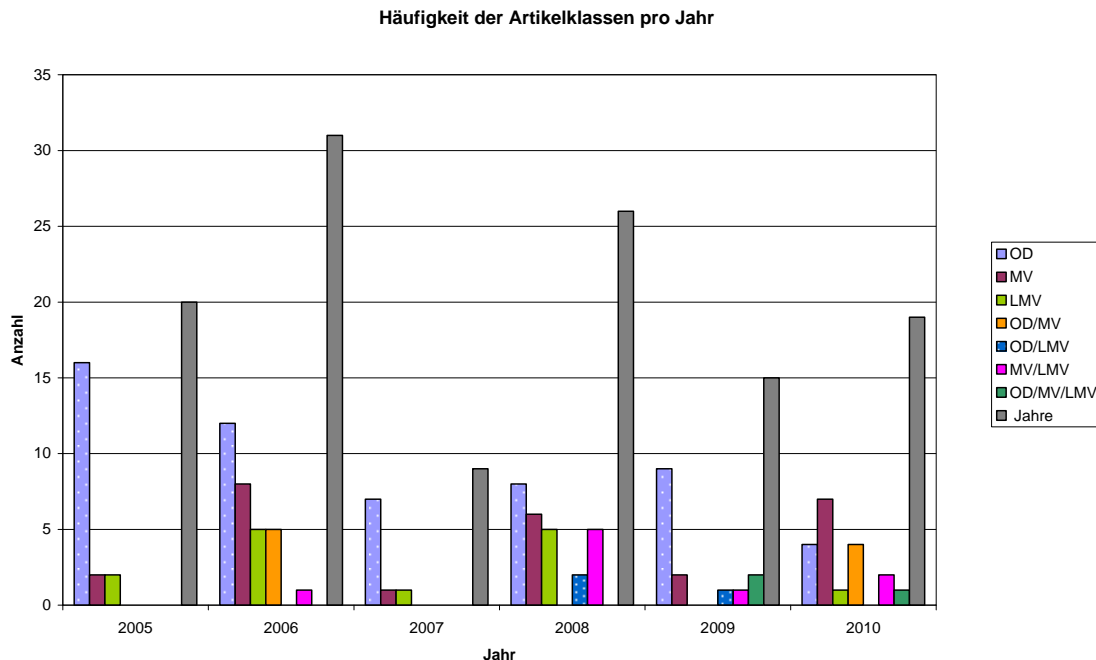
Die Untersuchung ergab, dass im Erhebungszeitraum 120 Artikel in denen „Hartz IV“-Empfänger dargestellt werden, in der „BILD Dresden“ veröffentlicht wurden. Die gesamte Erhebungstabelle befindet sich im Anhang unter Anlage 1. Die Artikelanzahl verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Jahre, wie in Abbildung 2 zu erkennen ist. So ist die Anzahl 2005 im absoluten Durchschnitt, mit 20 Artikeln. Daran lässt sich erkennen, dass im ersten Jahr von „Hartz IV“ das Thema zwar präsent war, aber nicht übermäßig behandelt wurde. Im Ausgangsjahr 2005 kann man somit von einer kontinuierlichen Berichterstattung sprechen, die auf dem Neuwert des Themas beruht. In 2006 stieg die Darstellung von Hilfeempfängern an. Es konnten die meisten Artikel zum Thema identifiziert werden, was auf eine überdurchschnittlich hohe Aktualität schließen lässt. 2007 wurden „Hartz IV“-Empfänger eher zu einer Randnotiz. Andere Themen schienen wichtiger zu sein und die Berichterstattung zu beherrschen. 2008 steigt die Artikelzahl wieder übermäßig an und Hilfeempfänger schienen wieder interessanter für die „BILD“ zu werden. Im Jahr 2009 kann man dann wieder von einer unterdurchschnittlichen Berichterstattung sprechen. Bemerkenswert ist allerdings das letzte Erhebungsjahr. Im Jahr 2010 wurden nur die Monate Januar und Februar untersucht, wohingegen die Jahre 2005 bis 2009 einer ganzjährigen Betrachtung unterlagen. Dennoch konnten in den zwei Monaten 19 Artikel identifiziert werden, was nur knapp unter dem Jahresdurchschnitt liegt. Somit weist dieser kurze Erhebungszeitraum ein sehr hohes Vorkommen von Artikeln in denen Alg II-Empfänger dargestellt wurden auf. Anscheinend war die Darstellung der Leistungsempfänger im Januar/Februar 2010 eines der Hauptthemen der „BILD“-Berichterstattung.

Abbildung 2: Artikelanzahl pro Jahr

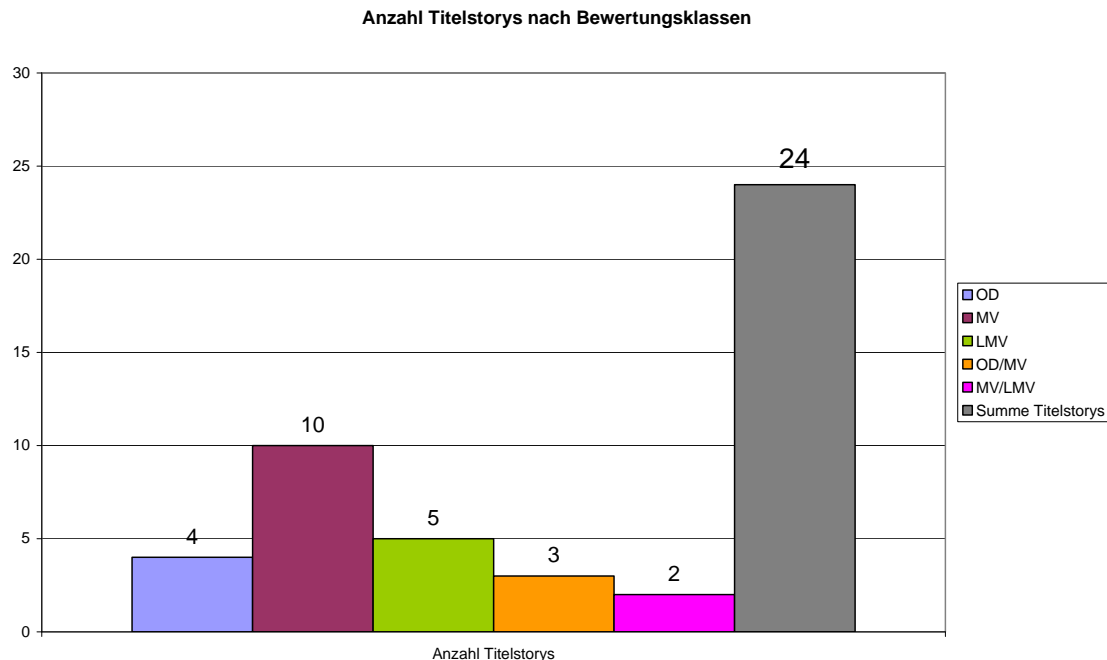
Bei der Häufigkeit der einzelnen Bewertungsklassen zeigt sich, dass die Opferdarstellung mit 56 Artikeln dominiert (siehe Abbildung 3). An zweiter Stelle liegt die Missbrauchsdarstellung. Dieser Fakt ist interessant, da die „BILD“, wenn sie eine Sozialtäterdarstellung wählt, häufiger diejenige nimmt, welche im juristischen Sinne nicht existiert. Also tendiert die Zeitung eher zu einer Berichterstattung, die an das moralische Empfinden appelliert. Zu den zwei Unterklassen des Sozialmissbrauchs (MV und LMV) konnten 40 zugeordnet werden. In 9 der Artikel gab es eine Vermischung der zwei Formen. Somit wurden 49 Artikel mit einer klaren Darstellung von „Hartz IV“-Empfängern als Sozialtäter ermittelt. Generell ist davon auszugehen, dass in allen Mischklassen Darstellungen enthalten sind, die Sozialmissbrauch thematisieren. Lediglich die drei Artikel OD/LMV sind der Opferdarstellung zuzuordnen, da in allen drei Fällen klar die Opferrolle der Person überwiegt. Fast man nun die einzelnen Bewertungsklassen dementsprechend zusammen ergibt sich ein Verhältnis von 59 Artikeln Opferdarstellung, zu 61 Artikeln Sozialtäterdarstellung. Somit ist es nahe zu ausgeglichen. Die „BILD“ scheint beide Darstellungsformen gleichmäßig zu verwenden.

Abbildung 3: Häufigkeit der Artikelklassen

Betrachtet man nun die einzelnen Jahre nach der Anzahl der verschiedenen Bewertungsklassen zeigen sich hier dieselben Schwankungen von Jahr zu Jahr, wie sie auch bei der Anzahl pro Jahr aufgefallen sind. Es ist also davon auszugehen, dass die Artikelanzahl pro Jahr mit der Darstellungsform zusammenhängt. So zeigt sich 2006, wo die meisten Artikel herausgefiltert werden konnten, ein Übergewicht der Sozialtäterdarstellung (MV, LMV, OD/MV, MV/LMV, OD/MV/LMV). Auch in 2008 und 2010, wo die Artikelanzahl über dem Durchschnitt liegt (bei 2010 relativ gesehen), überwiegt diese Darstellungsart. In den Jahren 2007 und 2009 dominiert hingegen die Opferdarstellung. Je häufiger Hilfeempfängerdarstellungen in der Berichterstattung zu finden sind, desto negativer werden die Protagonisten im Sinne von Sozialmissbrauch dargestellt. (siehe Abbildung 4)

Abbildung 4: Häufigkeit der Artikelklassen pro Jahr

Wenn man die Platzierung der 120 Artikel betrachtet, stellt sich heraus, dass im Erhebungszeitraum 24 Mal ein Artikel als Titelstory positioniert wurde (siehe Abbildung 5). Das bedeutet, dass der jeweilige Artikel die Hauptschlagzeile auf Seite eins über dem Bruch geliefert hat. Ordnet man die Titelstorys ihrer jeweiligen Bewertungsklasse zu, ergibt sich, dass von den 24 Schlagzeilen allein 10 einem Missbrauchsvorkommen (MV) zugehörig sind. Nur vier Titelstorys behandeln hingegen eine Opferdarstellung. Teilt man in die zwei Hauptklassen Opferdarstellung und Sozialtäterdarstellung ergibt sich ein Verhältnis von 4 zu 20. Das bedeutet, dass eine Opferdarstellung für die „BILD“ nicht annähernd so einen hohen Nachrichtenwert besitzt wie eine Sozialtäterdarstellung. Deswegen kann man darauf schließen, dass negative Darstellungen von Hilfeempfängern im Sinne von Sozialmissbrauch für die „BILD“ auch aus wirtschaftlicher Sicht interessanter sind. Die Titelschlagzeile bildet nämlich den ausschlaggebenden Kaufanreiz für die Käufer der „BILD“ (Vgl. Kapitel 2.1.). Somit kann man davon ausgehen, dass die Zeitung ein wirtschaftliches Interesse an Veröffentlichungen von Sozialtäterdarstellungen hat.

Abbildung 5: Anzahl der Titelstorys nach Artikelklassen

Konzentriert man sich nun auf die Artikel mit Bewertung im Zeitverlauf, erhält man ein noch differenzierteres Bild und kann Vorgänge explizierter ableiten und einordnen. Wie schon erwähnt wurde war die Darstellung von Alg II-Empfängern nicht konstant aktuell, was auch in Abbildung 6 zu erkennen ist.

2005 beschränken sich die Inhalte eher auf die Verliererdarstellung, wie es 2004 vor in Kraft treten ebenfalls der Fall war (Vgl. Kapitel 1.2.). Mit Überschriften wie „*Jedes Formular ein Schicksal*“⁸⁹ oder „*Schaut her Politiker! Die Schlange der Schande*“⁹⁰ machte die „BILD“ deutlich wie ungerecht sie die Reform fand. Erst gegen Ende des Jahres 2005 erkennt die „BILD“, „*Hartz-IV-Empfänger zocken mit „beispielloser Dreistigkeit“ ab*“⁹¹. Allerdings ist diese Erkenntnis eher auf den „Report vom Arbeitsmarkt“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zurückzuführen der im Oktober 2005 erschien (Vgl. Kapitel 1.4.2.).

89 In: BILD Dresden, am 8. März 2005

90 In: BILD Dresden, am 2. Juni 2005

91 In: BILD Dresden, am 17. Oktober 2005

Zu Anfang des Jahres 2006 schwankt die Berichterstattung zwischen Leistungsmissbrauchsvorkommen (LMV) und Opferdarstellungen. Zumindest fand die „BILD“ die *„Frechste Sozial-Abzockerin“*⁹² die genau in das Bild des „Arbeitsmarkt Reports“ vom BMWA passte. Im Mai stellt die „BILD“ in einer Serie traurige Lebensgeschichten von Hilfeempfängern dar. Grund dafür war wohl das zu der Zeit diskutierte Fortentwicklungsgesetz, das im Juli von der Regierung beschlossen wurde. Diese Neuregelung beschränkte die zum Teil durchlässige Gesetzeslage und dämmte somit „moralisch verwerflichen“ Leistungsanspruch ein. Somit war es möglich Finanzmittel einzusparen, die letztendlich der Steuerzahler erbringt. Den Sinn dieses Fortentwicklungsgesetz erkannte nun auch die „BILD“ und schwenkte von der Opferdarstellung zur Sozialtäterdarstellung. Mit Schlagzeilen, wie *„Hartz IV oder Job? Wer ist hier der Dumme?“*⁹³ vertrat sie wieder die Interessen der arbeitenden, steuerzahlenden Leserschaft und unterstützte das Vorhaben der Regierung. Schnell waren die „Hartz IV“-Empfänger die „Dummen“, denn nun wurden sie mit Überschriften wie, *„1. Politiker fordert Arbeitsdienst für Arbeitslose“*⁹⁴, als faule Betrüger hingestellt. Im Oktober 2006 tauchte dann das *„Schockwort Unterschicht“*⁹⁵ auf und die „BILD“ fragte *„Kommt man da unten nicht mehr raus?“*. In der Berichterstattung über diese Thematik, die eng mit „Hartz IV“-Empfängern verbunden ist, bewertete die Zeitung die Leistungsempfänger nicht mehr ausschließlich als Verlierer, sondern betrachtete die gesellschaftliche Misslage aus den Augen des ehrlich Arbeitenden. So wurde auch immer eine Teilschuld bei den Arbeitslosen selbst gesucht. Eine Serie von Berichten über einen Leistungsempfänger der mit Kurt Beck aneinander geriet prägte den Dezember. Am Anfang der Geschichte erkundigte sich die „BILD“: *„Darf ein SPD-Chef das sagen? Waschen und rasieren Sie sich erstmal, dann finden Sie auch Arbeit!“*⁹⁶ Nachdem der besagte Alg II-Empfänger die Wiedergutmachungsangebote des entgleiten Politikers nicht in der Form angenommen hat, wie die „BILD“ sich das vorstellte, fragte sie empört: *„Warum kriegst so einer Stütze?“*⁹⁷. „BILD“ forschte nach und fand heraus: *„Seine Mutter schämt sich so sehr für ihn“*⁹⁸. Die Zeitung fand die Geschichte über den arbeitslosen

92 In: BILD Dresden, am 13. März 2006

93 In: BILD Dresden, am 7. Juni 2006

94 In: BILD Dresden, am 14. Juni 2006

95 In: BILD Dresden, am 17. Oktober 2006

96 In: BILD Dresden, am 14. Dezember 2006

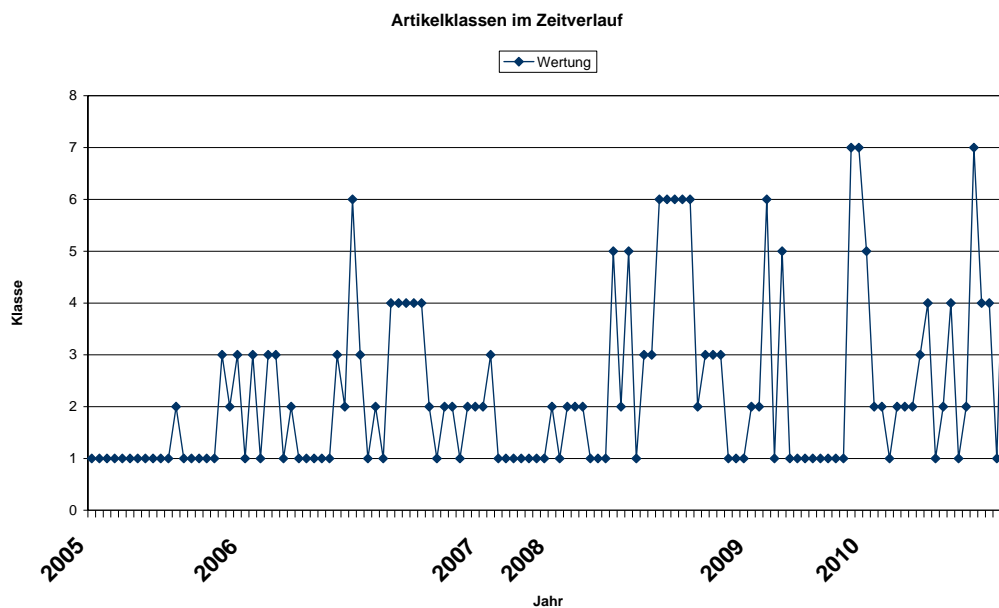
97 In: BILD Dresden, am 20. Dezember 2006

98 In: BILD Dresden, am 21. Dezember 2006

Henrico F. so wichtig, dass sie sich an sieben Tagen im Dezember damit auseinandersetzte und sie sogar zwei Mal als Titelstory auf Seite 1 verwendete.

Auch in 2007 startet die „BILD“ noch mit einer kleinen Meldung über Henrico F., um am 5. Januar festzustellen: *„Immer mehr Arbeitslosen wird die Stütze gestrichen!“*⁹⁹. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Henricos Geschichte durchaus kein Einzelfall ist und ein Großteil der „Hartz IV“-Empfänger eben doch faule Lügner sind. Im April/Mai 2007 veröffentlichte die „BILD“ eine Serie über *„Wohnen mit Hartz IV“*¹⁰⁰, in der die Personen wieder in einer klaren Opferrolle beschrieben werden. Ansonsten wurde über die Thematik nicht weiter berichtet. Andere Ereignisse beherrschten die Berichterstattung und zudem befand sich Deutschland im wirtschaftlichen Aufschwung. Die Arbeitslosenzahlen sanken kontinuierlich und somit stellte das Thema einfach keinen ergiebigen Lieferanten von emotionalen Geschichten für die „BILD“ dar.

Abbildung 6: Artikelklassen im Zeitverlauf



⁹⁹ In: BILD Dresden, am 5. Januar 2007

¹⁰⁰ In: BILD Dresden, am 30. April bis 4. Mai 2007

Da sich die Arbeitsmarktsituation entspannt hatte, dafür aber viele Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor geschaffen wurden, identifizierte die „BILD“ Anfang 2008 die „Hartz- IV“-Empfänger mit Titelschlagzeilen wie, *„Job Vermittler klagen an – Immer mehr Arbeitslose drücken sich vor der Arbeit!“*¹⁰¹ als „Drückeberger“ und klagte die Ungerechtigkeit *„Wer arbeitet ist der Dumme! Immer mehr Arbeitnehmer bekommen weniger Geld als Hartz-IV-Empfänger“*¹⁰² an. In die Vorstellung einer Aufschwungphase, wo immer mehr Menschen wieder Arbeit finden, passen diejenigen die weiterhin Hilfeleistungen vom Staat beziehen nicht hinein. Aus diesem Grund wird die Schuld für die Arbeitslosigkeit im Februar 2008 bei den „Hartz IV“-Empfängern selbst gesucht. Im weiteren Jahresverlauf gibt es Schwankungen zwischen Opferdarstellungen und Sozialtäterdarstellungen, bis im August zwei Geschichten von Leistungsmissbrauch (LMV) von der „BILD“ aufgedeckt werden. Die Zeitung titelt am 30. August: *„Hartz-IV-Betrüger – Luxus-Leben auf Teneriffa“*¹⁰³ Das reicht als Beweis, um ab der nächsten Ausgabe am 1. September mit einer neuen Serie zu starten: *„So wird bei Hartz IV abgezockt! Der große BILD-Report“*¹⁰⁴. In den folgenden Tagen wird jeweils eine Geschichte von Sozialmissbrauch aufgedeckt die alle der Mischklasse MV/LMV zuzuordnen sind. Daraus lässt sich erkennen, dass in diesem Fall keine differenzierte Berichterstattung stattgefunden hat. Nach dem die „BILD“ an fünf Tagen an Hand von Einzelgeschichten erklärt hat, wie bei „Hartz IV“ betrogen wird und welche schlechte Menschen die Leistungsempfänger sind, titelt sie am Tag darauf: *„Chemnitzer Professor behauptet 132 Euro Hartz IV im Monat reichen“*¹⁰⁵. Für den arbeitenden und steuerzahlenden Leser könnte diese Schlagzeile nach dem „BILD-Report“ wie eine gerechte Lösung oder Strafe erscheinen. Die Zeitung liefert dann auch gleich noch eine weitere Antwort, indem sie in einer neuen Serie vom 8. bis 12. September die Geschichten von Menschen erzählt, die sich lieber abrackern als „Hartz IV“ zu kassieren. Wenn man also ein ehrlicher Mensch ist und eine gesunde Arbeitseinstellung hat, ist es gar nicht nötig dem Staat auf der Tasche zu liegen. Diese Darstellung suggeriert dem Leser, dass eine Hilfebedürftigkeit durch die Persönlichkeit verschuldet ist, nicht durch Arbeitsmarkt- oder Lebensumstände. Gegen Ende des Septembers 2008, veröffentlicht die „BILD“ noch zwei Fortsetzungsgeschichten. Auf Grund der Darstellung im „Großen

101 In: BILD Dresden, am 13. Februar 2008

102 In: BILD Dresden, am 11. Februar 2008

103 In: BILD Dresden, am 30. August 2008

104 In: BILD Dresden, am 1. September 2008

105 In: BILD Dresden, am 6. September 2008

Report“, reagierten die Behörden und unterbanden den Leistungsmissbrauch zweier Protagonisten. Damit stellt sich die Zeitung in personifizierter Weise als Kämpferin für Gerechtigkeit dar (Vgl. Kapitel 2.1.). Interessant ist der Fakt, dass diese aggressive Berichterstattung in eine Zeit fällt, in der verschiedene Parteien und Organisationen eine Erhöhung der Alg II-Regelsätze forderten.

Im Jahr 2009 rückte die Darstellung von Leistungsempfängern erneut in den Hintergrund. Acht der 15 identifizierten Artikel befanden sich im Lokalteil der Zeitung, was darauf schließen lässt, dass das Thema für die bundesweite Berichterstattung eine zu geringe Priorität besessen hat. Zudem dominiert 2009 die Opferdarstellung, was mit der sich verschlechternden Situation am Arbeitsmarkt und der Wirtschaftskrise zusammenhängen dürfte. In diese Zeit der Rezession passte die Darstellung des faulen frechen Arbeitslosen nicht ins Bild der Leser. Außerdem besitzt die Opferdarstellung, wie bereits festgestellt, nicht im Mindesten so einen hohen Nachrichtenwert für die „BILD“ wie die Sozialtäterdarstellung. Das wiederum erklärt die unterdurchschnittliche Artikelanzahl in 2009.

In den letzten beiden Untersuchungsmonaten 2010 wandelt sich die Art der Leistungsbezieherdarstellung wieder grundlegend. Im Januar inszeniert die „BILD“ ein Frage-Antwort-Spiel. Zuerst titelt sie: *„Macht Hartz IV faul? Für immer mehr Menschen lohnt es sich nicht mehr zu arbeiten“*¹⁰⁶, um am nächsten Tag mit dem Bericht *„Lieber Arbeiten als Hartz IV“*¹⁰⁷ eine moralische Antwort für die entgleisten Leistungsempfänger zu liefern. Auch wenn der Verdienst unterhalb des Existenzminimums liegt, lässt man sich als ehrbarer Bürger nicht auf Sozialleistungsniveau herunter. All Jene, die das trotzdem tun und Alg II beziehen werden durch die „BILD“ negativ abgewertet und verurteilt. Dass für diesen angeblichen Misstand nicht die Arbeitslosen verantwortlich sind und eine staatliche Abhängigkeit oft unverschuldet, wegen der schlechten Situationen am Arbeitsmarkt, entsteht wird in der Berichterstattung nicht reflektiert. Zudem ist das Rechenbeispiel mit dem die „BILD“ beweist, dass „Hartz IV“-Empfänger mehr bekommen als Arbeitende zum einen unglücklich gewählt und zum anderen objektiv falsch. Es entsteht aber der Eindruck, dass Familien mit Leistungsbezug, viel zu viel Geld fürs Nichtstun bekommen.¹⁰⁸

106 In: BILD Dresden, am 22. Januar 2010

107 In: BILD Dresden, am 23. Januar 2010

108 Vgl. Schneider (Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) 2010

Dieses Klischee bestärkt die „BILD“ und stellt Arno Dübel vor: *„Deutschlands frechster Arbeitsloser“*¹⁰⁹. Über mehrere Tage hinweg wird seine Geschichte mit immer neuen Fakten erzählt. Auf die Berichterstattung über Deutschlands bekanntesten Arbeitslosen wird in der exemplarischen Untersuchung näher eingegangen. Nachdem nun klar gemacht wurde wie der frechste Arbeitslose lebt und auch all die anderen „nur frechen“ Arbeitslosen, verallgemeinert die „BILD“ die Problematik wieder und titelt: *„So wird bei Hartz IV abgezockt“*¹¹⁰. Diese Vorgehensweise der Zeitung hat zwei Auslöser zum Grund. Zum ersten hatte Roland Koch im Januar gewettert, dass sich Hilfeempfänger mit der staatlichen Unterstützung häuslich eingerichtet hätten und dass es eine angenehme Variante des Lebens sei. Zum anderen hatte Guido Westerwelle behauptet, dass das Alg II *„sozialistische Züge annehme“* und zur *„spätrömischen Dekadenz“*¹¹¹ einlade. Die Gründe, warum solche Debatten von Politikern losgetreten werden, wurden bereits in Kapitel 1.4.2. dargelegt. Westerwelles spezifischer Grund in diesem Fall, werden wohl die schlechten Umfrageergebnisse für die FDP gewesen sein. Die „BILD“ steht in dieser Situation natürlich für die Rechte der steuerzahlenden Bürger ein, die den Hauptteil ihrer Leserschaft ausmachen. Zudem unterstützt die Zeitung mit ihrer Berichterstattung die Ziele der politischen Akteure. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass Guido Westerwelle 2006 eine Kolumne für die „BILD“ auf Seite 2 geschrieben hat und sein Kommentar mit den Vorwürfen im Februar 2010 bei „Welt online“ veröffentlicht wurde. Es scheint eine Verbindung zwischen dem Politiker und den Springerpublikationen zu geben. Da am 9. Februar das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die „Hartz IV“-Sätze verkündet wurde, titelt die „BILD“ wie folgt: *„Wie viel Geld braucht ein Kind? Diese Hartz-IV-Familie verklagt den Staat.“*¹¹² Das Urteil des Verfassungsgerichts war eindeutig (Vgl. Kapitel 1.1.). Doch die Zeitung macht auch daraus wieder eine „Wir-Arbeitnehmer-sind-die-eigentlichen-Verlierer-Geschichte“, indem sie nach einem Bericht über Mütter mit Alg II-Bezug, am 12. Februar schreibt: *„Wir arbeiten, aber für die Kinder bleibt trotzdem fast nichts übrig“*¹¹³. Somit stellt die „BILD“ das Urteil des Bundesverfassungsgerichts moralisch in Frage.

109 In: BILD Dresden, am 30. Januar 2010

110 In: BILD Dresden, am 3. Februar 2010

111 Vgl. Westerwelle 2010

112 In: BILD Dresden, am 9. Februar 2010

113 In: BILD Dresden, am 12. Februar 2010

3.2. Exemplarische Untersuchung

3.2.1. Opferdarstellung (OD)

Als Beispiel für die Opferdarstellung wurde ein Artikel aus dem Jahr 2005 gewählt, da zu dieser Zeit diese Bewertungsklasse dominierte. Am 2. Juni 2005 veröffentlichte die „BILD“ auf der Politikseite 2 folgenden Bericht: *„Schaut her Politiker! Die Schlange der Schande“*¹¹⁴. Dieser Schriftzug ist in zwei separate Abschnitte unterteilt. Die plakative Aufforderung an „die Politiker“ befindet sich schwarz unterlegt am oberen Rand und erstreckt sich über die gesamte Breite. Dieser Ausruf drückt eine Solidarität mit den Wartenden und somit Leistungsbeziehern aus. Die Zeitung stellt sich als Klägerin gegen die Politiker hin, die für alle Bürger spricht. Sie stiftet damit eine Gemeinschaft zwischen den Lesern, „Hartz IV“-Empfängern und sich selbst, die sich entschlossen gegen die Regierenden stellt. Der Sachverhalt wird so auf die Formel von Gut (Leser, Alg II-Empfänger, „BILD“) gegen Böse (Politiker) heruntergebrochen. Auch interessant ist, dass die Zeitung nicht die Regierung als Instanz anspricht, sondern in einer personifizierten Form als Politiker. Dadurch ist es dem Leser möglich sich eine klare und greifbare Vorstellung von den „Bösen“ zu machen. Das wiederum dient dem boulevardtypischen Merkmal der Emotionalisierung. Unterhalb befindet sich ein großes Foto, das fast die Hälfte der Seite einnimmt. Darauf ist die Menschenschlange abgebildet die vor einem Berliner Job-Center steht. Der zweite Teil der Überschrift ist in dieses Foto eingefügt und perspektivisch so angelegt, dass es die Menschenschlange optisch imitiert. Außerdem ist sie mit großen, roten Lettern geschrieben, so dass sie anklagend wirkt. Generell wurde ausschließlich mit den Farben Weiß, Schwarz und Rot gearbeitet, die durch den harten Kontrast Kraft aber auch Gefahr ausdrücken. Unterhalb des Fotos wurde der Untertitel platziert: *„Menschen ohne Arbeit müssen sich mitten in Deutschland öffentlich in einer schier endlosen Schlange zur Schau stellen, wenn sie ihre Stütze haben wollen. Wie demütigend!“*¹¹⁵ Dabei hebt sich der Ausruf: *„Wie demütigend!“* durch seine Rote Farbe ab. Diese Wortwahl und Präsentation demonstriert, wie unzufrieden die „BILD“ und somit auch die einbezogenen Rezipienten mit der Arbeit der Regierung diesbezüglich sind. Rechts neben dem Untertitel ist ein Schaukasten, wo fünf Wartende mit Portraitfoto und kurzer Beschreibung ihrer Situation als Arbeitslose abgebildet sind. Von jedem geht ein Pfeil aus, der auf das

¹¹⁴ In: BILD Dresden, am 2. Juni 2005

¹¹⁵ Ebd.

Foto mit der Menschenschlange weist. Die Pfeile die von den Personen ausgehen scheinen auszurücken: „Hier müssen wir stehen. Wir sind auch normale Menschen. Wir haben Gesichter und eine traurige Geschichte.“ Innerhalb des Textes ist noch ein kleines Foto von Wartenden anno 1932 untergebracht. Somit wird die Situation 2005 mit der damaligen verglichen und wie es 1932 endete ist ja allseits bekannt. Diese Assoziation mit dem historischen Ereignis untermalt noch einmal eindrucksvoll die Gefahr, die von dieser Situation ausgeht. Innerhalb des Textteils werden die Politiker abermals mit direkter Rede angesprochen und die „BILD“ fragt sich, ob diese zur Schaustellung der Arbeitslosen mit der Menschenwürde zu vereinbaren sei. Im Text stellt sich heraus, dass der Grund für die Menschenschlange nicht mit 1932 zu vergleichen ist, sondern ein zu kleines Foyer des Job-Centers das Problem ist. Darüber hinaus wird berichtet, dass es auch einen personellen Mangel in dieser Einrichtung gibt, sodass sich nicht hinreichend um die Hilfeempfänger gekümmert werden kann.

Die „BILD“ ergreift in diesem Bericht Partei für die Schwächsten der Gesellschaft und durch die Darstellungsweise werden auch die Leser mit in dieses Solidaritätsgefüge einbezogen. Mit emotionalen Appellen, der Vorführung von Betroffenen und einem theatralischen Vergleich mit 1932 steigert die Zeitung die Dramatik dieser Geschichte. So ist keine differenzierte und argumentative Herangehensweise an die Problematik erkennbar. Zudem Personifiziert die „BILD“ die Protagonisten („BILD“ als Anklägerin, Politiker als Personen, Wartende), um so die Geschichte für jeden greifbar und nachfühlbar zu gestalten. In diesem Fall nimmt die Zeitung die mediale Position als Wächterin über die Herrschenden ein. (Artikel im Anhang, Anlage 2)

3.2.2. Leistungsmissbrauchsdarstellung (LMV)

Für die Leistungsmissbrauchsdarstellung, wurde eine Geschichte aus dem Jahr 2006 gewählt, die es zwei Tage hintereinander auf die Titelseite schaffte. Am 13. März 2006 schreibt die „BILD“: *„Erwischt! Frechste Sozialabzockerin“*¹¹⁶ Die Gesamte Schlagzeile nimmt die Hälfte des Platzes über dem Bruch ein. Das Wort *„Erwischt!“* ist in roten Großbuchstaben geschrieben und durch einen Rahmen hervorgehoben. Durch diese optische Akzentuierung und die nicht ganz horizontale Ausrichtung entsteht die Assoziation mit einem Stempel, der aufgedrückt wurde. Oberhalb des „Stempels“ befindet sich in kleineren Lettern der Zusatz: *„Luxus-Leben auf Mallorca, aber Arbeitslosengeld in Deutschland“*¹¹⁷. Unterhalb des Titels *„Frechste Sozialabzockerin“* befindet sich noch ein kurzer Text in dem noch einmal auf zurückliegende Leistungsmissbrauchsfälle (u.a. Florida-Rolf) hingewiesen wird und der Protagonistin ihr Spitzname *„Mallorca-Karin“* verpasst wird. Nach kurzer Schilderung ihrer Vergehen wird auf Seite 12 der Ausgabe verwiesen. Der Titel an sich ist in die Silben *„Frechste Sozial Abzockerin“* unterteilt. Durch diese drei freistehenden Wörter kann man sofort auf den Inhalt schließen. Zur optischen Unterstützung wurden die drei Wörter noch rot unterstrichen. Damit man auch gleich weiß um wen es sich handelt ist neben diesem Schriftzug ein unvoreilhaftes Portraitfoto einer Frau mit einem schwarzen Balken über dem Gesicht abgebildet. Die Person wirkt durch die Schnappschussaufnahme so als hätte man sie gerade überrascht, was den Ausruf *„Erwischt!“* unterstreicht. Zudem hat man durch den schwarzen Balken den Eindruck, dass die Frau eine Schwerverbrecherin ist. Auf Seite 12 befindet sich dann der eigentliche Bericht über die Frau. Auch hier nimmt die Überschrift *„So frech zockt uns Mallorca-Karin ab“*¹¹⁸ einen großen Platz ein. Bemerkenswert ist das verwendete Wort *„uns“*. Damit wird Zusammengehörigkeit und Einheit zwischen allen Lesern und der „BILD“ suggeriert. Dieses boulevardtypische Vorgehen dient der Leser-Blatt-Bindung und stärkt die bürgerliche Masse gegen Entgleiste, wie *„Mallorca-Karin“*. Außerdem personifiziert sich die Zeitung dadurch selbst, was ein weiteres Merkmal des Boulevardjournalismus ist. Über der Hauptüberschrift steht gelb unterlegt: *„Noch schlimmer als Florida-Rolf!“*. Somit wird umgehend der Vergleich zu der Berichterstattung 2003 gezogen, doch nun soll es sich laut Bewertung der „BILD“ um einen noch härteren Fall handeln. Die gestiftete Gemeinschaft ist

116 In: BILD Dresden, am 13. März 2006

117 Ebd.

118 Ebd.

also gleich alarmiert, dass sie schon wieder von einer Abtrünnigen betrogen wird. Des Weiteren wird die Frau erneut abgebildet, diesmal ist es aber eine Aufnahme bis unterhalb der Hüfte. Das Foto wirkt, als wäre es heimlich entstanden und die Frau sieht etwas gelangweilt aus. Im Bildausschnitt hinter ihr befinden sich Strand und Palmen. Allerdings stellt man bei genauerer Betrachtung fest, dass das ein extra Bild ist, welches reinretuschiert wurde. Im Text findet man auch den Grund für die Montage. In Deutschland herrscht zu der Zeit noch Winter und auf Mallorca hat schon der Frühling begonnen. Mit dem Strand-Palmen-Foto unterstreicht die „BILD“ wie gut es sich diese Leistungsempfängerin in der Sonne gehen lässt, während die durch die Zeitung gestiftete Gemeinschaft im kalten Deutschland hart für ihre soziale Absicherung arbeitet. Dadurch soll sich jeder Leser persönlich von Karin K. angegriffen fühlen, damit die Ungerechtigkeit auch tatsächlich empfunden werden kann. Daran erkennt man weitere boulevardtypische Merkmale, wie die Emotionalisierung von Inhalten und die Polarisierung der Geschichte. Neben dem Foto der Frau ist ein Haus im Sonnenlicht abgebildet, in dem sie zwei Luxusapartments vermieten soll. Im Text wird beschrieben wie luxuriös diese sind. Auch das ein Hinweis auf das „*süße Leben*“ der Leistungsempfängerin und ihre unglaubliche Dreistigkeit. Die gesamte grafische Darstellung erweckt den Eindruck, dass es sich hier um ein schwerwiegendes Vergehen handelt, welches die „BILD“ nun endlich publik macht. Auch am nächsten Tag wird die Frau in gleicher Weise auf dem Titel und Seite 6 dargestellt. Allerdings wird diesmal erklärt wie sie bestraft werden wird. Obwohl die „BILD“ nur über den Vorfall berichtete nimmt man an, dass die Zeitung selbst die Geschichte aufgedeckt und gelöst hat. Somit hat sich die „BILD“ in die Rolle des Kämpfers für den steuerzahlenden, kleinen Mann gebracht.

Der Leistungsmissbrauch beim Alg II wird hier in einer polarisierenden Einzelgeschichte dargestellt. Zwischen den Lesern und der Zeitung wird eine fiktive Gemeinschaft gestiftet, die gegen die Protagonistin Karin K. durch textliche Mittel aufgebracht wird. Die Leserschaft steht somit für die Rezeptionsdauer geschlossen in einer Reihe und kann nur verächtlich und empört den Kopf über so eine Tat schütteln. Der Rezipient fühlt sich somit verstanden und versteht auch selbst, wie er diese Geschichte einzuordnen hat. Ein positives Gefühl der Zusammengehörigkeit wird geschaffen. Es ist eine typische Boulevardgeschichte, die sich auf das Handeln von guten und bösen Menschen reduzieren lässt. Karin K. ist hier eindeutig der Feind. Zudem fungiert die

„BILD“ in personifizierter Weise selbst als Handelnde. (Artikel im Anhang, Anlage 2)

3.2.3. Missbrauchsdarstellung (MV)

Als Beispiel für eine Missbrauchsdarstellung wurde die Berichterstattung über den Vorzeigearbeitslosen Arno Dübel und die Art sein Leben zu gestalten gewählt. Am 30. Januar stellte die „BILD“ ihn auf der Titelseite vor: *„Deutschlands frechster Arbeitsloser“*¹¹⁹. Schon diese Schlagzeile ist kritisch zu sehen. Da die Zeitung den Superlativ verwendet, impliziert das, dass es auch noch unzählige „normal freche“ Arbeitslose gibt. Ein Anzeichen dafür, dass Alg II-Empfänger durch die Berichterstattung über Dübel unter Generalverdacht gestellt werden. Neben der rot unterstrichenen Schlagzeile befindet sich ein Portraitfoto des Mannes, auf dem er überlegend grinst. Diese Darstellung unterstreicht nochmals das Wort „frech“ und soll das empörende Empfinden beim Leser verstärken. Darunter stehen die drei Fakten: *„Er lebt seit 36 Jahren vom Staat, Er tingelt durch Talkshows im TV, Er hat einen eigenen Manager“*¹²⁰, die durch rote Pfeile angezeigt werden. Bereits hier finden sich Ungereimtheiten, da der Protagonist ein paar Wochen vorher in der Sendung „Menschen bei Maischberger“ angab, er sei seit 30 Jahren ohne Arbeit. Bei der „BILD“ sind erstaunlicherweise 36 daraus geworden.¹²¹ Unterhalb der Fakten befindet sich noch ein kurzer Text, indem sein Lebensmotto mit: *„Steuer-geld statt Stundenlohn“*¹²² benannt wird und ein Verweis auf Seite 12 der Ausgabe zu finden ist. Insgesamt nimmt der Aufmacher mehr als Zweidrittel des Platzes oberhalb des Bruchs ein. Auf Seite 12 befindet sich dann ein großes Foto, welches den Mann in seinem Wohnzimmer mit Zigarette und Hund zeigt. Neben seinem Kopf befindet sich noch mal die Bezeichnung *„Deutschlands Frechster Arbeitsloser“*, damit es auch nicht zu Missverständnissen kommt. Sein Blick wirkt leicht gelangweilt und überlegen, als wäre er sich keiner Schuld bewusst. Von der Zeitung wird die Person als *„zufrieden“* beschrieben. Die „BILD“ erklärt sogar die einzelnen Gegenstände (Hund, Bierdose, Zigaretten etc.) und gibt an wie viel sie kosten. Die Aufnahme ist perspektivisch so angelegt, als könnte man in die Stube hineinschauen, was die Metapher „Einblick ins Leben gewähren“ untermalt. Man wird für die Zeit des Lesens in Dü-

119 In: BILD Dresden, am 30. Januar 2010

120 Ebd.

121 Vgl. Menschen bei Maischberger 2010

122 In: Bild Dresden, am 30. Januar 2010

bels Welt entführt und erhält einen Eindruck. Es erinnert sehr an eine Reality-Soup die zur Unterhaltung dienen soll. Als Artikelüberschrift, die unterhalb des Fotos steht, wurde eine Aussage des Protagonisten gewählt: *„Ich werde so schnell müde, wenn ich arbeite“*. So weist der Leser gleich, mit welchem faulen Mensch er es zu tun hat. Auch der Textteil im unteren Bereich des Artikels, ist so angelegt, wie eine Liveshow. Die „BILD“ heißt den Leser sogar *„Willkommen, bei Deutschlands frechestem Arbeitslosen!“*. So wird der Rezipient zu einer Art Voyeurismus eingeladen, bei dem er Einblick in eine andere Welt erhält. Dadurch stiftet die Zeitung zwischen sich und den Lesern eine Gemeinschaft, die Arno Dübel nur kopfschüttelnd zusehen und seine Einstellung verurteilen kann. So ein Mensch passt nicht in die Lebenswelt der meisten Leser und er verkörpert zudem alle Vorurteile gegenüber „Hartz IV“-Empfängern die von den meisten Rezipienten geächtet werden. Neben dem Text ist der Mann noch als Gast in der Sendung „Menschen bei Maischberger“ abgebildet. Das Paradoxe dabei ist, dass Dübel durch seine Medienpräsenz ja eben doch einer Art von Arbeit nachgeht. Die „BILD“ macht durch diese emotionalisierte und polarisierende Einzelgeschichte Stimmung gegen Leistungsempfänger, indem sie auch in den Folgetagen in einer Art und Weise über Dübel berichten, als wäre sein Leben ein Fortsetzungsroman. Dabei ist anzumerken, dass der Mann, zwar aus moralischer aber nicht aus rechtlicher Sicht, falsch handelt. Diese rein moralische Verurteilung kann und wird aber viel einfacher auf andere Alg II-Empfänger übertragen.

Arno Dübel wurde durch die Berichterstattung in der „BILD“ und anderen Medien zum Vorzeigearbeitslosen. In zahlreichen Formaten wurde er vorgestellt und kam zu Wort.¹²³ Die Debatte beschränkte sich auf diese eine Person, wodurch eine ernsthafte und differenzierte Diskussion über „Hartz IV“ nicht mehr möglich war. Auf jeden Fall muss man aber die „BILD“ und die dazugehörigen Angebote „bild.de“ und „BamS“ hervorheben, da sie eine treibende Kraft bei der Darstellung von Herrn Dübel spielte. Anzunehmen ist, dass die Medienmacher sich darüber bewusst waren, dass Arno Dübel eine Einzelgeschichte ist. Maik Gizinski bringt den Sachverhalt in seinem Beitrag für die NDR-Sendung „Zapp“ auf den Punkt: *„Die Wahrheit ist, das Thema Hartz IV ist zu träge um damit Quote zu machen. [...] lieber schräge Typen (Arno Dübel), als spröder Stoff und mühsame Recherchen.“*¹²⁴ Um die Berichterstat-

123 Vgl. Gizinski Februar 2010

124 Ebd.

tung der „BILD“ über diesen Arbeitslosen zu verstehen, muss man wissen, dass der Chef von „BILD Berlin“, Dübel bei der Münchner Runde am 26. Januar 2010 Hilfe bei der Jobsuche zusagte.¹²⁵ Vier Tage später begann die Berichterstattung über ihn in der „BILD“. Auch wenn sich alle darüber bewusst waren, dass diese schrille Person nicht für das ganze Klientel der Alg II-Empfänger stehen kann, war die Aussage der medialen Berichterstattung: *„Seit zwei Wochen hat Hartz IV ein Gesicht“*¹²⁶. Denn Dübel bediente alle Klischees und Vorurteile, die gesellschaftlich für Hilfeempfänger vorherrschen. Durch die anhaltende Präsentation in den Medien entstand der Eindruck, dass man mit „Hartz IV“ ein Problem habe, da es genau solche Personen sind die es beziehen. Dadurch wurden alle „Hartz IV“-Empfänger unter Generalverdacht gestellt und diskreditiert. Gizinski bemerkt richtig: *„Dabei ist Arno Dübel eines ganz gewiss nicht. Der typische Hartz-IV-Empfänger. Die Medien aber machen ihn dazu.“*¹²⁷

Diejenigen, die von solchen Geschichten also profitieren, sind zum einen aus einer wirtschaftlichen Sicht, die Medien. Zum anderen sind die politischen Akteure dadurch befähigt Anerkennung zu erlangen, vom Wesentlichen ablenken zu können und ihr politisches Handeln zu legitimieren. (Artikel im Anhang, Anlage 2)

125 Vgl. Ebd.

126 Ebd.

127 Ebd.

4. Fazit und Ausblick

Die Arbeit hat gezeigt, dass die Behauptungen über „Hartz IV“-Empfänger so nicht haltbar sind. Man kann auf Grund der Angaben verschiedener Hilfsorganisationen davon ausgehen, dass ein Leben mit der Grundsicherung schwer und entbehrungsreich ist. Außerdem ist die Vereinbarung zwischen dem neuen Prinzip des „Förderns und Forderns“ nach dem SGB II und den Menschenrechten kritisch zu sehen. Allerdings kann man einen Leistungsmissbrauch in dem Umfang, wie er medial dargestellt wird, nicht belegen. Zwar existiert Leistungsmissbrauch, doch lediglich in solch einem Maß, dass nicht von einem erheblichen finanziellen Schaden für den Staat auszugehen ist. Den Sozialmissbrauch im moralischen Sinn kann man nicht eindeutig beweisen bzw. widerlegen. Man kann nur auf Umfragedaten zurückgreifen, bei denen die Betroffenen wahrscheinlich situative und subjektive Angaben gemacht haben. An Hand dieser Daten lässt sich aber aussagen, dass ein weit verbreiteter Arbeitsunwille und eine übergreifende Resignation nicht nachweisbar sind. Ausnahmen bilden hier allerdings einzelne Altersgruppen. Die Basis für Missbrauchsdebatten wurde mit dem neuen SGB II geschaffen, indem der Solidaritätsbegriff umgedeutet wurde.

An Hand dieser Ergebnisse konnte festgestellt werden, dass die Motivation der Sozialbetrugsdebatten nicht durch die Vielzahl der Betrugsfälle und durch die sich ausbreitende Arbeitsunwilligkeit hervorgerufen wird.

Es konnte gezeigt werden, dass Sozialbetrugsdebatten einen politischen Zweck verfolgen. Zum einen werden sie eingesetzt um Sparvorhaben bei den Sozialleistungen gesellschaftlich zu legitimieren. Zum anderen sollen sie von politischen Fehlentscheidungen und Problemen ablenken. Somit bessern die politischen Akteure, indem sie die eigentliche Schuld anderen zuweisen und dafür von einigen Teilen der Gesellschaft Zuspruch bekommen, ihr eigenes Image sogar auf.

Daher kann allgemein davon ausgegangen werden, dass Sozialmissbrauchsdebatten zu strategisch wichtigen Zeitpunkten, wie zum Beispiel Wahlen, Umfragetiefs, Koalitionsstreit und Forderungen nach Leistungsanhebung gezielt provoziert werden.

Die Medien nehmen bei den Sozialmissbrauchsdebatten in erster Linie die Vermittlerrolle ein. Allerdings werden oft undifferenzierte, einseitige Berichte veröffentlicht und somit Klischees à la Arno Dübel vorgeführt. Das widerspricht zwar der Sorgfaltspflicht der Medien, doch trägt es zu deren wirtschaftlichen Erfolg bei. Es scheint wichtiger zu sein, durch ausgefallene Berichte Quote zu machen, als faktische, recherchierte Informationen fundiert zu vermitteln.

Auch die „BILD“ nimmt dabei keine Sonderstellung ein. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Darstellung von „Hartz IV“-Empfängern als Opfer bzw. Sozialtäter fast ausgeglichen ist. Allerdings besitzt die Täterdarstellung auch für die „BILD“ einen viel höheren Nachrichtenwert, was das Titelstoryverhältnis gezeigt hat. Somit kann man von einer intensiveren Beleuchtung des Alg II-Personenkreises als Sozialtäter sprechen. Zudem gibt es ein Übergewicht der Missbrausdarstellung im moralischen Sinn, was auf eine undifferenzierte und emotional gefärbte Berichterstattung schließen lässt. Es konnte festgestellt werden, dass die Berichterstattung der Zeitung über Leistungsempfänger als boulevardtypisch bezeichnet werden kann. In allen drei untersuchten exemplarischen Beispielen konnten die Merkmale: Selbstpersonifizierung der Zeitung, stiften einer fiktiven Gemeinschaft zwischen Lesern und der Zeitung, Beschränken der Geschichten auf die Seiten Gut und Böse und emotionale plakative optische Gestaltung der Artikel, identifiziert werden. Zudem vertritt sie die Ansicht und Denkweise ihrer Hauptleserschaft, indem sie sich als „Sprachrohr des kleinen Mannes“ versteht. Deswegen ist anzunehmen, dass die „BILD“ durch die intensivere Sozialtäterdarstellung, die boulevardtypische Präsentation und die Vertretung der publikumsorientierten Meinungsinteressen der vorwiegend arbeitenden Leserschaft, primär ihr eigenes wirtschaftliches Ziel der Gewinnmaximierung verfolgt. Dementsprechend unterliegt das Agenda Setting der Zeitung einer in erster Linie ökonomischen Motivation.

Man muss allerdings feststellen, dass die „BILD“ im gesellschaftlichen Prozess der Alg II-Empfänger-Abwertung „*die Rolle des Stürmers*“¹²⁸ einnimmt. Dadurch, dass die Sozialtäterberichterstattung intensiver geworden ist, wenn Erhöhungen beim Alg II gefordert wurden (z.B. September 2008) oder Politiker durch Debattenanstöße von eigenen Problemen ablenken wollten lässt sich erkennen, dass das Blatt auch politische Interessen verfolgt bzw. unterstützt. Durch die undifferenzierte, personifizierte und zum teil aggressive

128 Lieb 2008

Berichterstattung schürt die Zeitung Vorurteile und Abneigungen gegen die Randgruppe der „Hartz IV“-Empfänger. In das konservative Weltbild der Axel Springer AG, das durch die Unternehmensgrundsätze und das starke Hierarchiegefüge bedingt ist, passt keine arbeitslose Minderheit, die auf Kosten des Staates bzw. des Steuerzahlers lebt. Es lässt sich zumindest in Grundzügen feststellen, dass die Zeitung deswegen eine zum Teil wirtschaftsliberale Einstellung im Bereich der Sozialpolitik vertritt. Somit kann bei der Sozialtäterdarstellung von „Hartz IV“-Empfängern durchaus von einer eigenen politischen Motivation der „BILD“ ausgegangen werden.

Die Arbeit sollte zeigen, in welchem gesellschaftlichen Prozess in Bezug auf Alg II-Empfänger wir uns befinden und welche Rolle die Medien und speziell die reichweitenstarke „BILD“ dabei spielen. Es wurde gezeigt, dass bei der Boulevardzeitung durch genretypische Merkmale die gesellschaftspolitischen Inhalte verzerrt und einseitig dargestellt werden. Allerdings entspricht das auch oft der Erwartungshaltung gegenüber der „BILD“. Viel gefährlicher werden solche Schwachpunkte bei der journalistischen Sorgfaltspflicht und Ausgewogenheit bei den Qualitätsmedien.

Die Arbeit sollte einen Anstoß dafür geben, dass politische Kommunikation und die darauf folgende gesellschaftspolitische Berichterstattung der Medien zu hinterfragen ist. Für die Zukunft sollten weiterhin Überlegungen und Untersuchungen angestellt werden, die auch in anderen Bereichen das Verhältnis von: Thema, politische Kommunikation, tatsächliche politische Ziele, mediale Kommunikation und Eigeninteressen der Medien überprüfen. Letztendlich leben und denken wir in einer Gesellschaft die durch Medien kommuniziert und dargestellt wird und man sollte Verantwortung von den Medien, die sich als „Wächter der Demokratie“ und „vierte Macht im Staat“ sehen, erwarten können. Aber zumindest, sollte man die mediale Kommunikation nicht ungefiltert hinnehmen sondern hinterfragen.

Literaturverzeichnis

Bücher

- Boenisch, Vasco: Strategie: Stimmungsmache. Wie man Kampagnenjournalismus definiert, analysiert – und wie ihn die Bild-Zeitung betreibt. Köln 2007
- Braun, Tatjana: BILD und die Promis – eine streitbare Beziehung. Wie Boulevardmedien mit Persönlichkeitsrechten Prominenter umgehen. Saarbrücken 2007
- Brettschneider, Frank/ Wagner, Bettina: „And the winner should be...“ Explizite und implizite Wahlempfehlungen in der Bild-Zeitung und der Sun. In: Pfetsch, Barbara/ Adam, Silke (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. 1. Auflage, Wiesbaden 2008, 225-244
- Bruck, Peter A./ Stocker, Günther: Die ganz normale Vielfalt des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Medien & Kommunikation, Band 23, Münster 1996
- Henschel, Gerhard: Gossenreport. Betriebsgeheimnisse der Bild-Zeitung. Reinbek bei Hamburg 2008
- Heppenstiel, Tina: „Busen-Pfusch“ und „Kampfhund-Drama“. Textgestaltung in der „Bild“-Zeitung. Saarbrücken 2007
- Jürs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie. München 1995
- Kaltenborn, Bruno/ Knerr, Petra/ Kurth-Laatsch, Sylvia: Hartz-Evaluierung: Ausgangslage. Beiträge zur Wirtschaftsforschung und Politikberatung, Nr. 27, Berlin 2004
- Kantel, H.-Dieter: Grundsicherungsarbeit. Armuts- und Arbeitsmarktpolitik nach Hartz IV. Wiesbaden 2008
- Koch, Susanne/ Kupka, Peter/ Steinke, Joß: Aktivierung, Erwerbstätigkeit und Teilhabe. Vier Jahre Grundsicherung für Arbeitssuchende. IAB-Bibliothek, Bielefeld 2009
- Koszyk, Kurt/ Pruys, Karl H.: Wörterbuch zur Publizistik. München 1969

- Kruip, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Band 3, München 1999
- Kühner, Anja/ Schmuck Michael: Medien Lexikon. Die wichtigsten Fachbegriffe aus Print, Radio, TV und Internet. Edition Nr. 3 Journalist, Remagen 2008
- Mittelberg, Ekkehart: Wortschatz und Syntax der BILD-Zeitung. Marburger Beiträge zur Germanistik, Marburg 1967
- Nowak, Peter (Hrsg.): Zahltag. Zwang und Widerstand: Erwerbslose in Hartz IV. 1. Auflage, Münster 2009
- Puppis, Manuel: Einführung in die Medienpolitik. Konstanz 2007
- Reader's Digest/ Falken Verlag (Hrsg.): Wörterbuch. Schreibtischbibliothek, Band 3, Stuttgart/Zürich/Wien 2001
- Reinemann, Carsten: „Guter Boulevard ist immer auch außerparlamentarische Opposition“-Das Handeln von Bild am Beispiel der Berichterstattung über Hartz IV. In: Pfetsch, Barbara/ Adam, Silke (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. 1. Auflage, Wiesbaden 2008, 198-224
- Rudolph, Clarissa/ Niekant, Renate (Hrsg.): Hartz IV-Zwischenbilanz und Perspektiven. ARBEIT-DEMOKRATIE-GESCHLECHT, Band 5, 1. Auflage, Münster 2007
- Schirmer, Stefan: Die Titelseiten-Aufmacher der BILD-Zeitung im Wandel. Eine Inhaltsanalyse unter Berücksichtigung von Merkmalen journalistischer Qualität. medien SKRIPTEN, Band 35, München 2001
- Stenmann, Thomas: Die Rolle der Presse im Reformprozess. Eine Analyse zur Agenda 2010. Saarbrücken 2007
- Trettin, Jürgen: Regierung – Macht – Medien, Möglichkeiten und Grenzen von Regierungskommunikation. In: Göhler, Gerhard/ Schmalz-Jacobsen, Cornelia/ Walter, Christian (Hrsg.): Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation. Frankfurt am Main 2007
- Voss, Cornelia: Textgestaltung und Verfahren der Emotionalisierung in der BILD-Zeitung. Münchener Studien zur literarischen Kultur in Deutschland, Band 31, Frankfurt am Main 1999

Zeitungen / Zeitschriften

- Afhüppe, Sven/ Feldenkirchen, Markus: Reformopfer Haushalt. In: Der Spiegel, 2/2005, 53
- Bartsch, Matthias/ Fröhlingsdorf, Michael/ Neubauer, Alexander et al: Alltägliche Selbstbedienung. In: Der Spiegel, 43/2005, 24-43
- BILD Dresden: Alle Ausgaben der Jahre 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 (Jan/Feb)
- Brandt, Andrea/ Kretz, Sebastian/ Sauga, Michael et al.: Herr Schrill gegen Frau Still. In: Der Spiegel, 8/2010, 18-26
- Brandner, Klaus: Zitat. In: Bartsch, Matthias/ Fröhlingsdorf, Michael/ Neubauer, Alexander et al: Alltägliche Selbstbedienung. In: Der Spiegel, 43/2005, 24-43
- Brenke, Karl: Fünf Jahre Hartz IV – Das Problem ist nicht die Arbeitsmoral. In: Wochenbericht/ DIW Berlin, Nr. 6/2010, 77. Jahrgang, 2-13
- Bytzek, Evelyn: Ereignisse und ihre Wirkung auf die Themenagenda der Wählerschaft. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Heft 3-4, 56. Jahrgang, 433-451
- Dettmer, Markus/ Hickmann, Christoph/ Sauga, Michael: Wettlauf der Populisten. In: Der Spiegel, 3/2010, 61-63
- Elger, Katrin/ Sauga, Michael: „Bürokratische Hydra“. In: Der Spiegel, 53/2009, 64-68
- Grabka, Markus M./ Frick, Joachim R.: Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. In: Wochenbericht/ DIW Berlin, Nr. 7/2010, 77. Jahrgang, 2-13
- Grill, Markus: „Wutgetränkte Apathie“. In: Der Spiegel, 14/2010, 70-71
- Schröder, Gerhard: Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft. In: BILD, am 05.04.2001
- Segbers, Franz: Hartz IV und die Menschenrechte. Fünf Jahre „Fördern und Fordern“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2'09, 102-109
- Staiger, Martin: Hartz IV oder Menschenwürde. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3'10, 9-12

Internet

- Axel Springer AG: Grundsätze und Leitlinien,
URL: http://www.axelspringer.de/artikel/Grundsaeetze-und-Leitlinien_40218.html, 26.07.2010
- Axel Springer AG: Quartalsbericht 2010 Q1. In: Geschäftsberichte Portal,
URL: <http://www.geschaeftsberichte-portal.de/gbp/unternehmensberichte.html?indize=SDAX>, 07.06.2010
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosengeld II, Stand 17.02.2010, Informationen für Bürger/innen,
URL: http://www.arbeitsagentur.de/nn_25782/Navigation/zentral/Buerger/Arbeitslos/Alg-II/Alg-II-Nav.html, 07.05.2010
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA): Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat, Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005,
URL: http://www.harald-tho-me.de/media/files/Gesetzestexte%20SGB%20II%20+%20VO/Gesetzestexte%20SGB%20XII%20+%20VO/Seminare/Clement/Sozialmissbrauch Bericht_BMWA.pdf, 03.05.2010
- Bundessozialhilfegesetz (BSHG), in der Fassung vom 27.12.2003,
URL: http://www.sozialgesetzbuch.de/gesetze/13/index.php?norm_ID=1300000, 07.06.2010
- Bundesverfassungsgericht: Regelleistung nach SGB II („Hartz IV-Gesetz“) nicht verfassungsgemäß, 09.02.2010, Pressemitteilung Nr. 5/2010,
URL: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-005.html>, 12.03.2010
- Der Paritätische Gesamtverband: Hartz IV-Reform: Paritätischer fordert sozialen Arbeitsmarkt, 18.03.2010, Pressemitteilung, URL: [http://www.der-paritaetische.de/245/?tx_ttnews\[tt_news\]=3686&cHash=129b65dfc2](http://www.der-paritaetische.de/245/?tx_ttnews[tt_news]=3686&cHash=129b65dfc2), 05.05.2010
- Die Tafeln: Hintergrundinformationen, März 2010,
URL: https://www.tafel.de/fileadmin/pdf/Presse/Factsheet_dieTafeln_Maerz2010.pdf, 12.05.2010
- Gesellschaft für deutsche Sprache: Wort des Jahres 2004
URL: <http://www.gfds.de/aktionen/wort-des-jahres/>, 02.06.2010

- Gizinski, Maik: Der Hartz IV-Medienliebling. In: Zapp – Das Medienmagazin, 10.02.2010, Beitrag,
URL: <http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/media/hartzvier126.html>;
12.07.2010
- Gizinski, Maik: Stimmungsmache gegen Hartz IV. In: Zapp – Das Medienmagazin, 27.01.2010, Beitrag,
URL: <http://www3.ndr.de/flash/zapp/interactivePlayer.html?xml=zappsendung174-interactiveBroadcasts.xml&sr=zapp>, 12.07.2010
- Häuser, Gerd: Tafeln fordern: Keine Sparpolitik zu Lasten der Ärmsten. Bei: Die Tafeln, Pressemitteilung, 02.06.2010,
URL: <http://www.tafel.de/presse/pressemitteilungen/detailansicht/artikel/tafeln-fordern-keine-sparpolitik-zu-lasten-der-aermsten.html>,
15.06.2010
- Infratest Burke Kommunikationsforschung, Axel Springer mediapilot: Ein Bild von BILD, 2000, URL: http://www.axelspringer-mediapilot.de/dl/128115/BILD_Kaeuferanalyse_2000.pdf, 08.07.2010
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Kurzbericht 29/2009, 15.12.2009, URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb2909.pdf>,
08.06.2010
- IVW: Quartalsauflagen BILD DEUTSCHLAND 1/2010,
URL: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>,
05.05.2010
- Koch, Roland: Politik muss notwendige Härte haben. In: Wirtschaftswoche, 16.01.2010, URL: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/politik-muss-notwendige-haerte-haben-419310/2/>, 10.06.2010
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Arbeitslosengeld II – Hartz IV, 2010, URL: http://www.lpb-bw.de/hartz_iv.html, 03.05.2010
- Langenscheidt Verlag: Jugendwort des Jahres 2009
URL: <http://www.jugendwort.de/jugendwort.cfm>, 04.06.2010
- Lieb, Wolfgang: BILD hetzt und die CSU kocht darauf ihr Wahlkampfsüppchen. Bei: NachDenkSeiten, 03.09.2008,
URL: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3434>, 02.06.2010
- Menschen bei Maischberger: Happy Birthday, Hartz IV: Verhasst, aber erfolgreich?, Diskussionsrunde im TV, 12.01.2010,
URL: <http://mediathek.daserste.de/daserste/servlet/content/3627046?pageId=&moduleId=311210&categoryId=&goto=&show=>, 12.07.2010

- Prantl, Heribert: Fünf Jahre Hartz IV – Arme Bilanz. In: Sueddeutsche-online, 21.12.2009, Kommentar,
URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fuenf-jahre-hartz-iv-arme-bilanz-1.68208>, 06.06.2010
- PMG Presse-Monitor: Zitate-Ranking zweites Halbjahr 2009, Pressemitteilung, 16.02.2010,
URL: <http://www.pressemonitor.de/presse/pressemitteilungen/pressearchiv/artikel/medien-zitate-ranking-von-pmg-presse-monitor-spiegel-die-nummer-1/3605840c8b37b2c5febe147c3273732a/>, 05.05.2010
- Regierung online: Grundideen der Agenda 2010, 2003,
URL: http://www.spiritproject.de/theday/agenda_2010.html, 23.06.2010
- Renner, Kai-Hinrich, Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): „Florida-Rolf“ und Bohlens Lebensgeschichte – Zum Agenda Setting der „Bild-Zeitung“. Bei: Kongress „Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0“, Dezember 2003, URL: <http://www.bpb.de/files/RPZTS8.pdf>, 03.07.2010
- Roth, Claudia: Reaktionen auf die schwarz-gelben Sparpläne: „Schongang für Vermögende“. In: Spiegel-online, 25.05.2010,
URL: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-55665-2.html>, 25.05.2010
- Schneider, Ulrich: Interview. In: Gizinski, Maik: Stimmungsmache gegen Hartz IV. In: Zapp – Das Medienmagazin, 27.01.2010, Beitrag,
URL: <http://www3.ndr.de/flash/zapp/interactivePlayer.html?xml=zappsendung174-interactiveBroadcasts.xml&sr=zapp>, 12.07.2010
- Schröder, Gerhard: Regierungserklärung. In: Bundesregierung online, Agenda 2010 Rede vor dem Deutschen Bundestag, 14.03.2003,
URL: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/79/472179/multi.htm>, 16.05.2010
- Sozialgesetzbuch (SGB), Erstes Buch (I), Allgemeiner Teil: Stand vom 07.07.2009, URL: <http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbi/1.html>, 07.06.2010
- Sozialgesetzbuch (SGB), Zweites Buch (II), Grundsicherung für Arbeitssuchende: Stand vom 27.05.2010, URL: <http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbii/1.html>, 07.06.2010
- Westerwelle, Guido: An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. In: Welt-online, 11.02.2010, Kommentar,
URL: <http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html>, 12.05.2010

Anhang

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Untersuchungstabelle.....	78
Anlage 2: Exemplarische Beispiele.....	85

Anlage 1: Untersuchungstabelle

Nr.	Jahr	Datum	Titel	Klassifizierung	Platzierung / Format	Wertung
1	2005	04.01.2005	Hartz IV Wir stehen Schlange für unsere Stütze	OD	S.5 / Artikel	1
2		18.01.2005	Wegen 7 Quadratmetern muß ich aus der Wohnung!	OD	S.2 / BILD-Serie	1
3		05.02.2005	Schicksals-Los Arbeitslos - Acht Freunde alle ohne Job Warum?	OD	S.11 / Artikel	1
4		24.02.2005	Warum soll ich mit 55 keinen Job mehr kriegen?	OD	S.10 / Artikel	1
5		01.03.2005	5,2 Millionen Frauen und Männer ohne Arbeit - Tut endlich was!	OD	S.1,2 / Titelstory, Artikel	1
6		02.03.2005	Schicksal Arbeitslos - Papa, warum bist du den ganzen Tag zu Hause?	OD	S.1,2 / Titelstory, Artikel	1
7		08.03.2005	Jedes Formular ein Schicksal!	OD	S.2 / Artikel	1
8		09.03.2005	Wer Arbeitslose schlecht behandelt muß weg!	OD	S.2 / Artikel	1
9		14.03.2005	Früher standen sie vor dem Arbeitsamt heute stehen sie vor der Armenküche	OD	S.10 / Artikel	1
10		22.03.2005	Wir wollen wirklich einen Job, aber wir kriegen keinen!	OD	S.2 / Artikel	1
11		31.03.2005	Hartz geht nur mit Herz - Erster Hartz-IV-Empfänger muß aus seiner Wohnung raus	OD	S.2 / Artikel, Kommentar	1
12		06.04.2005	5,2 Mio Arbeitslose, aber keiner will meinen Spargel ernten	MV	S.5 / Artikel	2
13		26.04.2005	Sachsens erstes Hartz-IV-Viertel	OD	S.3 / Artikel Lokalteil	1
14		02.06.2005	Schaut her Politiker! Die Schlange der Schande	OD	S.2 / Artikel	1
15		11.06.2005	Das Hartz-IV-Haus - Hier leben alle von Stütze	OD	S.8 / Artikel	1

16		30.06.2005	Angela Merkel zu alt für 1-Euro-Job - In Riesa hilft ihr nicht mal der berühmte Name	OD	S.5 / Artikel	1
17		23.07.2005	Arbeitsloser versteigert seine Niere im Internet	OD	S.1 / Artikel	1
18		17.10.2005	Hartz-IV-Empfänger zocken mit "beispielloser Dreistigkeit" ab	LMV	S.2 / Artikel	3
19		09.12.2005	Hartz IV - Manche kriegen über 2000 Euro!	MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	2
20		27.12.2005	Karibik mit Sozialhilfe	LMV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	3
21	2006	23.01.2006	Er schrieb 480 Bewerbungen und bekam immer Absagen - Ich habe das Arbeiten verlernt	OD	S.8 / Artikel	1
22		24.01.2006	Sozial-Fahnderin schnappt dreisten Hartz-IV-Betrüger	LMV	S.6 / Artikel	3
23		17.02.2006	Hartz-IV-Schwachsinn - Behörde wollte fleißigem Mädchen Taschengeld wegnehmen	OD	S.8 / Artikel	1
24		13.03.2006	Frechste Sozial-Abzockerin	LMV	S.1,12 / Titelstory, Artikel	3
25		14.03.2006	Schluß mit Luxus-Leben auf Mallorca - Abzockerin muß alles zurückzahlen	LMV	S.1,6 / Titelstory, Artikel	3
26		05.05.2006	Das Arbeitsamt hat mir den Job geklaut	OD	S.5 / Artikel Lokalteil	1
27		08.05.2006	Villa mit Hartz IV	MV	S.7 / Artikel	2
28		15.05.2006	Ich bange richtig um meine Existenz	OD	S.8 / BILD-Serie	1
29		16.05.2006	Mich hat's schon wieder erwischt!	OD	S.6 / BILD-Serie	1
30		17.05.2006	Lieber Teilzeit, als ganztags arbeitslos	OD	S.9 / BILD-Serie	1
31		18.05.2006	Wie bewerbe ich mich nach 1000 Absagen	OD	S.12 / BILD-Serie	1
32		19.05.2006	Ich mußte mich für Hartz IV scheiden lassen	OD	S.14 / BILD-Serie	1
33		23.05.2006	Mißbrauch und lasche Kontrollen - So wird bei Hartz IV geschlampt!	LMV	S.1 / Artikel	3
34		07.06.2006	Hartz IV oder Job? Wer ist hier der Dumme?	MV	S.2 / Artikel	2

35		14.06.2006	1. Politiker fordert Arbeitsdienst für Arbeitslose	LMV/MV	S.2 / Artikel	6
36		21.06.2006	Hartz-IV-Mißbrauch - 35 Millionen Euro zu viel gezahlt	LMV	S.1 / Artikel	3
37		15.07.2006	Das Arbeitsamt läßt mich verhungern!	OD	S.6 / Artikel	1
38		29.07.2006	Zahl des Tages - 300 000 Hartz-IV-Empfänger haben noch nie in ihrem Leben gearbeitet	MV	S.2 / Rubrik	2
39		09.09.2006	Zehn Wochen kein Geld vom Arbeitsamt!	OD	S.6 / BILD-Serie	1
40		09.10.2006	Gibt es bei uns zu viele, die mit Hartz IV zufrieden sind?	OD/MV	S.2 / Artikel	4
41		17.10.2006	Schockwort Unterschicht	OD/MV	S.2 / Artikel	4
42		18.10.2006	Wir sind Unterschicht!	OD/MV	S.2,12 / Artikel, Kommentar, Report	4
43		19.10.2006	Kommt man da unten nicht mehr raus?	OD/MV	S.2 / Report	4
44		14.12.2006	Darf ein SPD-Chef das sagen? "Waschen und rasieren Sie sich erstmal, dann finden Sie auch Arbeit!"	OD/MV	S.2 / Artikel	4
45		15.12.2006	Herr Beck, ich habe mich rasiert! ...aber will der wirklich einen Job?	MV	S.2 / Artikel	2
46		16.12.2006	Wir rasieren uns- und bekommen keinen Job!	OD	S.2 / Artikel	1
47		18.12.2006	Lässt rasierter Arbeitsloser Beck-Termin platzen?	MV	S.2 / Artikel	2
48		19.12.2006	Deutschlands frechster Arbeitsloser - "Kürzt ihm endlich die Stütze"	MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel, Kommentar	2
49		19.12.2006	Wir wollen auch Bürgerarbeit!	OD	S.6 / Artikel	1
50		20.12.2006	Warum kriegt so einer Stütze?	MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel, Kommentar	2
51		21.12.2006	Seine Mutter schämt sich so sehr für ihn	MV	S.2 / Artikel	2
52	2007	03.01.2007	Henrico trägt wieder Bart	MV	S.2 / Artikel	2
53		05.01.2007	Immer mehr Arbeitslosen wird Stütze gestrichen	LMV	S.2 / Artikel	3

54		20.04.2007	Yasmin (9) - das Mädchen aus der Suppenküche	OD	S.8 / BILD-Serie	1
55		30.04.2007	Zwei Zimmer, Küche, Hartz IV	OD	S.13 / BILD-Serie	1
56		02.05.2007	Mir hat das Amt ein Zimmer abgeschlossen	OD	S.9 / BILD-Serie	1
57		03.05.2007	Wir leben in einer Hartz-IV-WG	OD	S.17 / BILD-Serie	1
58		04.05.2007	Das Amt lässt uns nicht umziehen	OD	S.9 / BILD-Serie	1
59		25.09.2007	Wir sind für die nur eine Nummer	OD	S.11 / Artikel	1
60		05.10.2007	Schon 7,4 Millionen sind überschuldet! Die schlimmste Geldfalle ist die Arbeitslosigkeit!	OD	S.2 / Artikel	1
61	2008	05.02.2008	85% der Arbeitslosen würden für Job nicht umziehen!	MV	S.2 / Artikel	2
62		09.02.2008	Hartz-IV-Termin am Rosenmontag	OD	S.2 / Artikel	1
63		11.02.2008	Wer arbeitet ist der Dumme! - Immer mehr Arbeitnehmer bekommen weniger als Hartz-IV-Empfänger	MV	S.1,12 / Titelstory, Artikel	2
64		12.02.2008	Arbeiten? Ich bin doch nicht blöd!	MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	2
65		13.02.2008	Job-Vermittler klagen an - zu viele Arbeitslose drücken sich vor der Arbeit	MV	S.1,10 / Titelstory, Artikel	2
66		13.02.2008	Mann verhungert auf Hochsitz im Wald	OD	S.8 / Artikel	1
67		14.02.2008	Wir sind arbeitslos - Wir sind keine Drückeberger	OD	S.12 / Artikel	1
68		23.02.2008	Habt ihr uns vergessen	OD	S.13 / Artikel	1
69		17.03.2008	Arbeitsamt jagt ihn mit der Polizei! - wegen 2 Euro	OD/LMV	S.7 / Artikel	5
70		25.03.2008	Arbeitsloser kassierte 3846 Euro Hartz IV	MV	S.1,2 / Artikel	2
71		26.05.2008	Vom Arbeitsamt wegen 2 Euro verklagt	OD/LMV	S.6 / Artikel	5
72		06.06.2008	Die Hartz-IV-Stasi	OD	S.10 / Artikel	1
73		20.08.2008	Türkische Familie baut Luxus-Villa mit Hartz IV	LMV	S.6 / Artikel	3

74		30.08.2008	Hartz-IV-Betrüger - Luxus-Leben auf Teneriffa!	LMV	S.1,15 / Titelstory, Artikel	3
75		01.09.2008	So wird bei Hartz IV abgezockt!	LMV/MV	S.1,13 / Titelstory, BILD-Serie	6
76		02.09.2008	Wie arbeitslose Polen deutsche Hartz-IV-Empfänger werden!	LMV/MV	S.1,8 / Titelstory, BILD-Serie	6
77		03.09.2008	Diese Frau hatte 15 Untermieter in ihrer Hartz-IV-Wohnung	LMV/MV	S.9 / BILD-Serie	6
78		04.09.2008	Morgens kassiert sie Hartz IV - abends verkauft sie ihren Körper	LMV/MV	S.12 / BILD-Serie	6
79		05.09.2008	Die frechsten Klagen der Hartz-IV-Abzocker	LMV/MV	S.10 / BILD-Serie	6
80		06.09.2008	Chemnitzer Professor behauptet 132 Euro Hartz IV im Monat reichen	MV	S.1,17 / Titelstory, Artikel	2
81		18.09.2008	Amt greift durch - kein Geld mehr für Hartz-IV-Abzocker	LMV	S.10 / Artikel	3
82		19.09.2008	Frechste Hartz-IV-Abzockerin gestoppt	LMV	S.11 / Artikel	3
83		25.09.2008	Hartz-IV-Abzocker schreibt sich selbst krank	LMV	S.1 / Artikel	3
84		01.10.2008	Hartz-IV-Empfänger findet 16000 Euro im Straßen-graben	OD	S.9 / Artikel	1
85		02.10.2008	Das traurige Schicksal von Deutschlands ehrlichstem Hartz-IV-Empfänger	OD	S.15 / Artikel	1
86		07.10.2008	Frechster Hartz-IV-Empfänger geht jetzt arbeiten - Ehrlichster Hartz-IV-Empfänger kriegt nicht mal Finderlohn	OD	S.8 / Artikel	1
87	2009	11.03.2009	Das ist Sachsens frechste Bewerbung	MV	S.7 / Artikel Lokalteil	2
88		12.03.2009	Dieser Typ hat sie geschrieben!	MV	S.8 / Artikel Lokalteil	2
89		12.03.2009	Wie dreist darf man dem Arbeitsamt kommen?	LMV/MV	S.8 / Artikel Lokalteil	6
90		16.03.2009	So leben wir mit Hartz IV - Immer mehr arme Kinder in der Lausitz	OD	S.5 / Artikel Lokalteil	1
91		30.03.2009	Mir wurde Stütze gekürzt, weil ich 1,40 Euro erbetelt habe	OD/LMV	S.12 / Artikel	5

92		15.04.2009	Trotz 60 Absagen kämpfe ich jeden Tag um einen Job	OD	S.10 / BILD-Serie	1
93		23.04.2009	Wie Sachsens Linke wirklich mit Hartz-IV-Empfängern umgeht	OD	S.5 / Artikel Lokalteil	1
94		19.05.2009	Ab wann bin ich arm?	OD	S.1,2 / Titelstory, Artikel	1
95		20.05.2009	Hartz IV vor Gericht	OD	S.12 / Artikel	1
96		25.05.2009	Arbeitsloser braucht eine Zeitmaschine	OD	S.6 / Artikel Lokalteil	1
97		15.07.2009	Hartz-IV-Empfänger zahlt zu spät - Justiz-Irrsinn um 12-Euro-Rechnung	OD	S.10 / Artikel	1
98		31.08.2009	Schöner wohnen mit Hartz IV	OD	S.8 / Artikel Lokalteil	1
99		24.09.2009	Kleine Lisa (2) erster Brief vom Arbeitsamt	OD	S.3 / Artikel Lokalteil	1
100		27.10.2009	Schicksal Hartz IV	OD/LMV/MV	S.1,10 / BILD-Report	7
101		28.10.2009	Mitarbeiter der Jobcenter erzählen	OD/LMV/MV	S.14 / BILD-Report	7
102	2010	18.01.2010	Helden, Opfer, Faulenzer	LMV/MV	S.4 / Kommentar	5
103		22.01.2010	Macht Hartz IV faul?	MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel, Kommentar	2
104		23.01.2010	Lieber hart Arbeiten als Hartz IV!	MV	S.2 / Artikel	2
105		25.01.2010	Wir sind Hartz IV und wir sind NICHT faul!	OD	S.2 / Artikel	1
106		30.01.2010	Deutschlands frechster Arbeitsloser	MV	S.1,12 / Titelstory, Artikel	2
107		01.02.2010	So gammelt er sich durch den Tag	MV	S.10 / Artikel	2
108		02.02.2010	Deutschlands frechster Arbeitsloser muss jetzt bügeln	MV	S.8 / Artikel	2
109		03.02.2010	So wird bei Hartz IV abgezockt	LMV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	3
110		09.02.2010	Wie viel Hartz IV braucht ein Kind?	OD/MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	4
111		11.02.2010	So viel Geld brauche ich wirklich für mein Kind	OD	S.2 / Artikel	1
112		12.02.2010	Wie arbeiten, aber für die Kinder bleibt trotzdem fast nichts übrig	MV	S.2 / Artikel	2

113		15.02.2010	Hartz IV - Jetzt reden wir! Die Meinung der BILD-Leser	OD/MV	S.12 / Artikel	4
114		16.02.2010	Sind Hartz-IV-Empfänger wirklich so arm?	OD	S.1,2 / Titelstory, Artikel	1
115		17.02.2010	Bin ich dumm wenn ich noch arbeite?	MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	2
116		18.02.2010	Hier wird Kevins Hartz IV gekürzt	OD/LMV/MV	S.2 / Artikel	7
117		19.02.2010	Warum kriegen Migranten häufiger Hartz IV als Deutsche?	OD/MV	S.1,2 / Titelstory, Artikel	4
118		23.02.2010	Hartz-IV-Empfänger ver- hören Westerwelle	OD/MV	S.1,2,3 / Titelsto- ry, Artikel	4
119		24.02.2010	Hartz IV - Wie ein Stapel- Fahrer auf Stapler-Fahrer umgeschult wurde	OD	S.2 / Artikel	1
120		24.02.2010	Deutschlands frechster arbeitsloser - Alle Bezüge gestrichen	LMV/MV	S.8 / Artikel	6

Exemplarisches Beispiel Leistungsmissbrauchsdarstellung

Montag, 13. März 2006 0,40 €

BILD

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTeilICH
DRESDEN

www.bild.de

Dynamo – Siegen 1:0

GOLD-BINGO 4. Spiel

175	194	207	237	254
299	330	424	487	527

Geldgewinn 36441941

SCHUMI

Ich bin wieder da!

Luxus-Leben auf Mallorca, aber Arbeitslosengeld in Deutschland

ERWISCHT!

Frechste Sozial-Abzockerin

Wir lieben uns ohne Sex

ERFORSCHT! Rotwein hält die Zähne gesund

10 Bundesländer schaffen Ladenschluß ab

WIESENHOF informiert: 100% GESUND!

Wer bringt Susi in Leipzig zum Kochen?

20 JAHRE A.T.U. FEIERN SIE MIT!

26" CRUISER-BIKE mit 3-Gang-Schaltwerk

199,-

ALLES AUSSER TEUER

Quelle: BILD Dresden, am 13. März 2006, S. 1

Seite 12 • BILD-BUNDESAUSGABE • 13. März 2006

Kran stürzt auf Baustelle um

Berlin - Es gab ein laues Fröhen, dann lag der Stahlskelet am Boden.

In Berlin-Steglitz stürzte plötzlich ein 100-Tonnen-Kran beim Abbauen auf einer Baustelle um - und niemand kann sich erklären, warum. Ein Feuerwehmann: „Wir stehen vor einem absoluten Rätsel“. Der Kran brennt wie ein Feuerwerk. Verletzt wurde niemand.



Der Kran stürzte auf geparkte Autos.

Noch schlimmer als Florida-So frech zockt uns Mallorca-Karin ab

„Bauingenieur“ - In den Engpassbogen der Behörden ein.

Nach drei Tagen liegen die Sozialkassen der zurück nach Deutschland. Helena Furell: „Wenn es alles so machen wie sie, ist der Tag für die wirklich hilfsbedürftigen bald hier. Wir werden sie in den nächsten Tagen vorfordern und sie mit unseren Recherchen konfrontieren.“

Peter Walter, Landrat des Kreises Offenbach: „Das gibt eine Betrugssache. Wir werden den Fall mit aller Härte, ohne Null-Toleranz!“

Wohnungen so an „Hochwertige Ausstattung, 100 Quadratmeter, Meerblick, 300 Meter zum Strand.“ Der schöne Es-Trend-Strand natürlich. Preis: bis zu 90 Euro pro Tag.

Auf Mallorca fährt sie Auto. Einen Passiert, 15 Jahre alt, in Deutschland von Antiquaren zwangsabgemeldet.

Wahrscheinlich verdient sie aber noch mehr. Sie tritt sich mit Bauherren, führt nach einem „Angebot... die Bauaufsicht... in einigen Objekten... in Deutschland hat Mallorca-Sonnie einige Semester Architektur studiert. Sie ist Bauaufsicht“ und

te die Mutter so genau 40.754 Euro.

Doch sie hat noch ein zweites, süßeres Leben: „Im sonnigen Mallorca Heros kam's durch anonyme Anzeigen beim Landratsamt - Offenbach. Ein Team um Sozialkassen-Helfer Helene Furell (53) machte sich auf Spurensuche.

Die Fahnderin: „Wir haben... Erkenntnis, dass Frau K. zwei Eigentumswohnungen in Solina San Jordi gehören, die sie gemietet. Außerdem arbeitet sie als Malerin und vermittelt die Vermietung von Apartments auf einem Apartment.“

Im Internet preist sie

Hier ist der Wunsch-Kredit mit Sicherheits-Paket!

Nur bis Ende April: Sonderkontingent 20 Mio. Euro

Kostenlose Ratenabsicherung bei Arbeitslosigkeit inklusive!*



Gregor und Ute Limbach aus Wuppertal: „Mit dem Wunsch-Kredit renovieren wir das Kinderzimmer von Philip.“ König-der-Löwen-Tapete, ein neuer Wickeltisch und Märchenvorhänge - der Wunsch-Kredit hat's möglich gemacht.

Deutschlands Wunsch-Kredit
Inklusive kostenloser Ratenabsicherung bei Arbeitslosigkeit*

- ✓ Kredite zwischen 1.000 und 40.000 Euro
- ✓ In 12 bis 72 Raten zahlbar
- ✓ Kostenlose Sonderzahlung möglich
- ✓ Sonderkontingent: 20 Mio. Euro bis 30.4.2006

Infos kostenlos unter ☎ 0800-100 30 61
www.deutschlands-wunschcredit.de

Oder schicken Sie eine SMS mit dem Kennwort „zins“ an die Telefonnummer 72990. Die Finanzexperten der CreditPlus Bank rufen Sie dann zurück.

*Für Kunden mit Kreditlimit bis 10.000 € 2,99% effekt. Jahreszins

Deutschlands Wunsch-Kredit
Alles inklusive!

Hier werden Sie rundum immer gut beraten

Die CreditPlus Bank handelt gegenüber Ihren Kunden und Partnern immer verantwortungsbewusst. Bei jeder Kreditentscheidung wird die individuelle Finanzsituation des Kunden genau geprüft. Auch bei finanziellen Engpässen ist es ein wichtiges Anliegen der CreditPlus Bank, mit dem Kunden gemeinsam eine Lösung zu finden. „Menschen stehen bei uns immer im Vordergrund, nicht nur das Geld“, sagt Vorstand Jan W. Wagner.

Wer ist die CreditPlus Bank?
21 Millionen Kunden in Europa

Die CreditPlus Bank ist der Spezialist im Konsumentenkreditgeschäft. Die Bank gehört zu der starken internationalen Bankengruppe Credit Agricole mit über 21 Millionen Kunden in Europa. In Deutschland gibt es CreditPlus Filialen in allen großen Städten.

Zinsanhebung durch die EZB - was bedeutet das für mich?

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 2,50 Prozent erhöht. Die EZB will damit einer steigenden Inflation entgegenwirken. Das bedeutet aber auch, daß bei vielen Banken die Kredite teurer werden. Deshalb jetzt schnell günstige Kredite zum alten Zins sichern!

98 Prozent unserer Kunden sind mit Service und Leistung zufrieden

Die Zufriedenheit der CreditPlus Bank Kunden wird regelmäßig durch das unabhängige Institut MSR CONSULTING überprüft. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: 98 Prozent der Kunden sind zufrieden. Und sogar 89 Prozent aller Kunden würden die CreditPlus Bank an Freunde und Bekannte weiterempfehlen.

98% Zufriedenheit

Hier kostenlos und unverbindlich Billigzinsen sichern! Einfach ausschneiden und abschicken: CreditPlus Bank AG, Stichwort: „Deutschlands Wunsch-Kredit“, Postfach 10 05 41, 70004 Stuttgart, oder per Fax an 0711-66 06 79 53

☐ Hier ☐ Fax

Name _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Bitte hier ankreuzen:

☐ Ja, ich will Deutschlands Wunsch-Kredit: 4.800 Euro für 149,78 Euro mtl. Rate

☐ Mein Wunschbetrag: _____ Euro

Bitte machen Sie mir dafür ein Angebot

Ich erkläre, daß die Bank zum Zweck der Bonitätsprüfung von mir folgende Daten erhält: Pseudonym, Pseudonym, 30. 7000 Berlin-Baum und von der SCHUPA HOLDING AG, Hagenufer Straße 44, 60203 Wiesbaden, der vertraulich nach bestmöglicher Sicherheit zu behandeln ist.

Quelle: BILD Dresden, am 13. März 2006, S. 12

Exemplarisches Beispiel Missbrauchs-darstellung

Deutschlands frechster Arbeitsloser

Arno Döbel (54)

Er lebt seit 36 Jahren vom Staat. Er tingelt durch Talkshows im TV. Er hat einen eigenen Manager.

Von MARKUS ARNDT
Steuergeld statt Stundenlohn – das ist das Lebensmotto von Arno Döbel (54) aus Hamburg. Der Hartz-IV-Empfänger arbeitet seit 36 Jahren nicht mehr. Er lebt vom Staat, kassiert in TV-Talkshows ab, hat seinen eigenen Manager. Seine frechen Sprüche: S. 12

Furtwängler Im Tatort fließt ihr eigenes Blut

Das gab es beim „Tatort“ noch nie. Kommissarin Charlotte Lindholm (Maria Furtwängler) spaziert in einer Szene ihr eigenes Blut ab. Der Grund – Seite 5

Oettinger will Sprachkurs machen

Berlin – Im Internet ist seine auf Englisch gehaltene Rede Kult. Schon 1 Million Abrufe! Dennoch zieht Günther Oettinger (CDU) jetzt Konsequenzen. Der designierte EU-Energiekommissar will seine Aussprache verbessern. „Sobald ich meine Aufgaben als Ministerpräsident ordentlich erledigt und übergeben habe, werde ich in Israel einen Sprachkurs machen“, sagte Oettinger BILD.

Schnee, Schnee, hurra!

Eisbär Knut hat Heimat-Temperatur

Was für ein herrliches Wetterchen – lindet zumindest Deutschlands Lieblings-Eisbär Knut (3) aus dem Berliner Zoo! Er wälzt sich im Schnee, reißt vor Freude die Fellzotten hoch und streckt den kalten Temperatur die Zunge raus. Kein Wunder: Mit seinem toten Plüschfell wird ihm ja auch nicht kalt. Und wer sonst bei uns immer schwitzen muss, hat es auch mal verdient, sich richtig eisbärlich wohlfühlen zu lassen...

Schon 19 Tote! Toyota ruft 1,8 Millionen Autos in Europa zurück

Brüssel – Jetzt ruft das Toyota-Desaster auch nach Europa. Toyota ruft 1,8 Millionen Autos in Europa zurück. Betroffen sind die Modelle IQ, Aygo, Yaris, Auris, Corolla, Verso, Avenis und RAV 4. Grund: Das Bremspedal könnte verklemmen und nicht mehr oder nur langsam in seine Ausgangsposition zurückkehren. In den USA musste der Autobauer auch noch eine frühere Rückrufaktion auf weitere 1,1 Millionen Fahrzeuge ausweiten. Fußmatten drohen sich dort mit den Pedalen zu verheften, das der Wagen unkontrolliert beschleunigt. Infolge des Defekts haben sich dort schon zahlreiche Unfälle ereignet, bei denen nach Angaben der US-Verkehrssicherheitsbehörde 19 Menschen starben.

Welche Krankenkasse ist die beste für Ihre Gesundheit?

Bild

Quelle: BILD Dresden, am 30. Januar 2010, S. 1

Quelle: BILD Dresden, am 30. Januar 2010, S. 12

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die von mir am heutigen Tage dem Prüfungsausschuss des Fachbereiches Medien eingereichte Bachelorarbeit zum Thema "Die Darstellung der „Hartz IV“-Empfänger am Beispiel von „BILD“ – Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung“ vollkommen selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt, sowie Zitate kenntlich gemacht habe.

Ort, Datum

Unterschrift